

In der Tat besser.

*Regierungsprogramm
der CDU Baden-Württemberg
2006 – 2011*



CDU Baden-Württemberg
Hasenbergstraße 49b
70176 Stuttgart

Telefon: 0711 66904-0
Telefax: 0711 66904-15

www.cdu-bw.de





1. Das Erfolgsland Baden-Württemberg	8
Was sind unsere Ziele?	8
Was hält die Menschen bei uns zusammen?	9
Wofür stehen wir?	9
In der Tat besser.	10
2. Das Wachstumsland	14
Wir schaffen Rahmenbedingungen für Wachstum	15
Baden-Württemberg: das Mittelstandsland	16
Gründerland Baden-Württemberg	18
Arbeit hat bei uns Vorrang	19
Energiepolitik: Wir setzen Kräfte frei	21
Verkehrspolitik: Wir bringen das Wachstum auf den Weg	23
Medienpolitik	25
3. Das Entdeckerland	28
Baden-Württemberg: das Land mit den besten Hochschulen Deutschlands	29
Mehr Leistung durch mehr Selbstverantwortung	30
Ein neuer Solidarpakt zur Hochschulfinanzierung	31
Studiengebühren schaffen einen Markt für Wissen und sind sozial gerecht	32
Baden-Württemberg: theoretisch spitze, praktisch unschlagbar	33
Baden-Württemberg: Bei uns ist die Zukunft zu Hause	33
Baden-Württemberg: ein Land im Wettbewerb um die besten Köpfe	34

4. Das Kinderland	38
Bildung und Betreuung	39
PISA bei uns – Wir bringen die Dinge ins Lot	40
Sicherung der Unterrichtsversorgung	41
Unsere Schulen – fit für die Zukunft	41
Ganztagsschule und Jugendbegleiter – mehr Zeit für Kinder und Jugendliche	43
Berufliche Bildung – Unser Bildungsziel ist das Leben	43
Differenzieren statt nivellieren: Förderung für Benachteiligte und für Hochbegabte	44
5. Das Wohlfühliland	48
Der Ländliche Raum – das starke Rückgrat Baden-Württembergs	48
Umwelt- und Naturschutz: Wir gehen sorgsam mit unseren Lebensgrundlagen um	49
Gute Gastgeber aus Tradition: Urlaubsland Baden-Württemberg	52
Wachstum und Qualität mit der Natur – unsere Landwirtschaft	53
Weil es um die Menschen geht – für einen wirksamen Verbraucherschutz	55
Gesundheit wird bei uns groß geschrieben	56
Baden-Württemberg: ein solidarisches Land	57
Ein Land für alle Generationen	58
Unser Land: tolerant und weltoffen	59



6. Das Mitmachland	64
Bürgerschaftliches Miteinander – gelebte Solidarität:	
Gemeinsam sind wir stark	64
Gemeinsam anpacken – gemeinsam helfen	66
Mitmachen möglich machen	67
Baden-Württemberg – eine lebendige Kunst- und Kulturlandschaft	68
Unser Land geht uns alle an	69
7. Ein Land, mit dem Staat zu machen ist	72
Freiheit und Sicherheit	72
Starkes Land – starke Kommunen	72
Europa mit Leben erfüllen	73
Vernünftige und solide Haushaltspolitik – aus Verantwortung für unsere Kinder	74
Viel Baden-Württemberg – wenig Bürokratie	76
Unser Land braucht motivierte Mitarbeiter	77
Hand in Hand nach vorn – Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Staat	78
Ein Land, in dem Recht und Ordnung etwas gelten	78
Wirksame Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus	80
Baden-Württemberg: kein Platz für Kriminelle	81
8. Unser Land: In der Tat besser.	86

Baden-Württemberg: In der Tat besser.



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

vor Ihnen liegt das Regierungsprogramm der CDU Baden-Württemberg für die Jahre 2006 bis 2011. Die CDU tritt bei der Landtagswahl am 26. März 2006 mit dem klaren Ziel an, erneut Regierungsverantwortung für unser Land in den nächsten fünf Jahren zu übernehmen.

Die CDU steht für die Fortsetzung der bewährten Politik, die gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unser Land zu dem gemacht hat, was es heute ist: ein Erfolgsland, ein Wachstumsland, ein Entdeckerland, ein Kinderland, ein Wohlfühl-land, ein Mitmachland – ein Land, mit dem Staat zu machen ist.

Die niedrigste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer, die besten Bildungswege Deutschlands, der bundesweit größte Bevölkerungszuwachs, die Stärke bei der Inneren Sicherheit und Spitzenpositionen in weiteren Politikfeldern unterstreichen eindrucksvoll die Leistungen der Menschen in unserem Land und sind das Ergebnis erfolgreicher christlich-demokratischer Politik.

Wir wollen Baden-Württemberg auch künftig an der Spitze halten. Das vorliegende Regierungsprogramm gibt dazu Perspektive und zeigt die hierfür notwendigen Schritte auf.

Lassen Sie uns gemeinsam die Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs fortschreiben. Dazu bitte ich Sie am 26. März 2006 um Ihre Stimme und Ihre Unterstützung für die CDU.

Mit herzlichen Grüßen

Ministerpräsident Günther H. Oettinger MdL
Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg



Das Erfolgsland Baden-Württemberg

Am 26. März 2006 finden Landtagswahlen in Baden-Württemberg statt. Die Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, über die Zukunft ihres Landes zu entscheiden. Es geht dabei um weit reichende Weichenstellungen für uns alle.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern, aber auch darüber hinaus, hat Baden-Württemberg heute auf allen wichtigen Politikfeldern eine hervorragende Ausgangsposition. Diesen Erfolg verdankt unser Land vor allem dem Fleiß und dem Ideenreichtum seiner Bürgerinnen und Bürger sowie der guten Arbeit der Landesregierung unter Führung der CDU. Die CDU steht für die Fortsetzung ihrer bewährten Politik, die Baden-Württemberg zu dem gemacht hat, was es heute ist: ein Entdeckerland, ein Mitmachland, ein Wachstumsland, ein Wohlfühl- und Kinderland – kurzum: ein Land, mit dem Staat zu machen ist. Unter Führung unseres Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger wollen wir diesen Erfolgskurs auch in Zukunft fortsetzen.

Was sind unsere Ziele?

Wir wollen, dass jedes Kind in Baden-Württemberg in einer Atmosphäre der Geborgenheit und des Vertrauens aufwächst und sich mit seinen Gaben und Fähigkeiten optimal entfalten kann. Deshalb unterstützen wir die Familien und bauen das Betreuungssystem für alle Altersgruppen aus.

Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler in unserem Land eine schulische Ausbildung erhalten, die ihnen die besten Startchancen gibt, um ihr Leben gut und erfolgreich zu meistern.

Wir wollen, dass jeder Jugendliche in unserem Land einen Ausbildungsplatz erhält, der seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht und ihm eine Zukunftsperspektive bietet.

Wir wollen, dass junge Menschen nach dem Abitur ein Studium an den besten Universitäten der Welt beginnen können – und dass sie diese Universitäten hier in Baden-Württemberg finden.

Wir wollen, dass die Menschen in Baden-Württemberg zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen Unternehmen finden.

Wir wollen, dass die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger auch in Zukunft in einer intakten Umwelt und einer Gesellschaft leben können, die von Solidarität, Offenheit und einer lebendigen Kultur geprägt ist.

Wir wollen in einem Land leben, in dem sich die Menschen sicher fühlen können, das verantwortungsbewusst mit ihren Steuergeldern umgeht und das ihre Interessen wirkungsvoll vertritt. Deshalb setzen wir uns für ein starkes Land ein, das wirtschaftlich auf eigenen Beinen steht und auch künftig in Deutschland und Europa einen Spitzenplatz einnimmt.

Deshalb wollen wir im Zuge der Föderalismusreform eine klare Trennung der Kompetenzen von Bund und Ländern.

Wir wollen ein Land, in dem nicht auf Kosten der künftigen Generationen gelebt wird. Deshalb haben wir uns die Nullverschuldung zum Ziel gesetzt.

Was hält die Menschen bei uns zusammen?

Eine Gesellschaft ist für uns mehr als eine Summe von Individuen. Wir sind überzeugt davon, dass menschliches Zusammenleben sich an bestimmten Grundbedingungen und Werten orientieren muss. Dazu gehören für uns die gemeinsame Sprache, die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte sowie der geltenden Gesetze und die Bereitschaft jedes Einzelnen, sich mit seinen Fähigkeiten und Talenten für sein eigenes Fortkommen und für die Gemeinschaft einzusetzen.

Baden-Württemberg ist ein weltoffenes und solidarisches Land. Diese Offenheit und Toleranz erwarten wir auch von den Menschen, die als Zuwanderer in unser Land kommen und bei uns leben wollen. Deshalb sind wir nicht bereit, die Bildung von Parallelgesellschaften zu akzeptieren.

Wofür stehen wir?

Wie Deutschland insgesamt steht auch Baden-Württemberg vor großen Herausforderungen: Wir müssen unsere Wirtschaft für den globalen Wettbewerb fit machen und neue, konkurrenzfähige Arbeitsplätze schaffen. Wir werden unsere sozialen Sicherungssysteme reformieren, damit sie auch in Zukunft Verlässlichkeit gewähren können. Wir wollen Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels entwickeln. Durch Investitionen in Betreuung, Bildung und Ausbildung werden wir die Zukunft unserer Kinder sichern. Und bei alledem müssen wir den Menschen eine glaubwürdige Antwort auf ihre Frage nach sozialer Gerechtigkeit geben.



Wir sind überzeugt davon, dass die CDU die besseren Lösungen für diese Herausforderungen hat. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger traut uns zu, dass wir die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands lösen können. Nur die CDU gibt Bildung, Forschung und Innovation den richtigen Stellenwert bei der Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft. Modernität und Heimatverbundenheit, Traditionsbewusstsein und Offenheit für das Neue bedeuten für uns keinen Widerspruch.

Ziel und Maßstab unseres Handelns ist der Mensch: mit seiner unveräußerlichen Würde, seinen Stärken und Schwächen, mit seinen Fähigkeiten und auch mit seiner Fehlbarkeit. Diese Perspektive gewinnen wir aus dem christlichen Menschenbild, das Grundlage unserer Politik ist und bleibt.

Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir bekennen uns zu einer solidarischen Leistungsgesellschaft. Wir lassen niemanden im Stich, der in Not geraten ist. Aber wir erwarten von jedem, dass er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten anstrengt. Wir wissen, dass unser Sozialstaat nur das verteilen kann, was seine Bürgerinnen und Bürger zuvor erwirtschaftet haben, und dass unsere Kinder morgen die Schulden abbezahlen müssen, die wir heute machen. Deshalb sind wir für Sparsamkeit und Leistungsorientierung sowie für eine kontinuierliche Aufgabenkritik. Wir wollen keinen schwachen Staat, sondern einen schlanken Staat, der dort stark ist, wo seine Hilfe wirklich gebraucht wird.

Wir bekennen uns zur Chancengerechtigkeit: zwischen Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen, zwischen Frauen und Männern, zwischen Menschen mit und ohne Behinderung, zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, zwischen Einheimischen und Zugereisten, zwischen Stadt und Land.

Wir sind keine Interessengruppe, sondern eine Volkspartei, die die Belange des ganzen Landes vertritt – auch gegenüber der neuen unionsgeführten Bundesregierung. Nur eine starke CDU im Land hat die Kraft, die Interessen Baden-Württembergs auch gegenüber dem Bund erfolgreich zur Geltung zu bringen.

In der Tat besser.

Günther Oettinger ist der richtige Ministerpräsident für die Bewältigung der Aufgaben, vor denen unser Land steht. Er verfügt über eine langjährige Erfahrung in seinem Beruf und

in der Landespolitik. Er kennt unser Land und ist mit den Sorgen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft, der Kommunen und der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestens vertraut. Günther Oettinger steht für wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit. Er hat ein Herz für Familien und Kinder und setzt sich für gerechte Bildungschancen für alle ein.

Das vorliegende Wahlprogramm fasst die wesentlichen Ziele und Eckpunkte unserer Politik für die kommende Legislaturperiode zusammen. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb beschreibt das Programm Baden-Württemberg als das, was es für die Menschen ist: ein Land, das von Wachstum und Entdeckerfreude geprägt ist; ein Land, das offen für die Belange von Kindern und Familien ist; ein Land, in dem Menschen sich wohl fühlen und zum Mitmachen eingeladen werden.

Baden-Württemberg ist seit seiner Gründung und auch in Zukunft bei der CDU gut aufgehoben. Dass SPD und Grüne von Arbeit, Wachstum und Innovation nichts verstehen, haben sie in den letzten sieben Jahren auf Bundesebene zur Genüge demonstriert. Die SPD ist und bleibt die Partei der Massenarbeitslosigkeit und des fehlenden politischen Mutes. Baden-Württemberg ist zu schade für die gescheiterten Experimente und das verbrauchte Personal der abgewählten rot-grünen Bundesregierung!

Auch die kleinen Parteien können unserem Land keine tragfähige Perspektive bieten: Die Grünen verstehen vom Fortschritt so viel wie die FDP vom sozialen Zusammenhalt. Die Grünen glauben an das Kollektiv – und die FDP an das Individuum. Und beide leben sie von den Leihstimmen der großen Parteien. Darauf lässt sich ebenso wenig eine Zukunft aufbauen wie auf der überholten sozialistischen Ideologie der Linkspartei.

Am 26. März stehen keine Koalitionen zur Wahl, sondern politische Parteien. Wohin koalitionstaktische Überlegungen bei der Stimmabgabe führen können, hat sich bei der letzten Bundestagswahl deutlich gezeigt. Deshalb gilt für uns: Wer eine Fortsetzung der erfolgreichen bürgerlichen Politik in Baden-Württemberg will, muss am 26. März in der Tat CDU wählen.

Wir wollen, dass unser Land auch in Zukunft auf einem erfolgreichen und verlässlichen Kurs bleibt. Deshalb bitten wir Sie um Ihre Unterstützung bei der Landtagswahl.



Das Wachstumsland

Innerhalb weniger Jahrzehnte hat sich Baden-Württemberg vom einstigen Agrarland zu einer der modernsten Industrie-, Technologie- und Dienstleistungsregionen der Welt entwickelt. Unser Land hat die niedrigste Arbeitslosigkeit und die meisten Patentanmeldungen in Deutschland. In keinem anderen Bundesland wird mehr in Forschung und Entwicklung investiert als bei uns. Wir sind Exportweltmeister. „Made in Baden-Württemberg“ steht auf der ganzen Welt für Spitzenqualität und Zuverlässigkeit.

Diese Spitzenstellung ist das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen von Arbeitnehmern und Unternehmern. Ihr Fleiß, ihre Weitsicht, ihr Können und ihre Kreativität haben unser Land zu dem gemacht, was es heute ist. Diese gemeinsame Anstrengung aller Kräfte in unserem Land hat einen Namen: Es ist die Soziale Marktwirtschaft, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Ludwig Erhard und der CDU auf den Weg gebracht wurde. Wir bekennen uns auch in Zukunft zu diesem Konzept. Es bietet die besten Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und für einen fairen sozialen Ausgleich in der Gesellschaft.

Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft in den letzten Jahren grundlegend verändert. Wir stehen heute in einem weltweiten Wettbewerb. Unser Land muss sich in diesem Wettbewerb behaupten. Produktivitätssteigerungen führen dazu, dass in der Südwestindustrie immer mehr Waren von immer weniger Menschen hergestellt werden. Wir erleben den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Arbeitsplätze verlagern sich von der Industrieproduktion zu unternehmensnahen Dienstleistungen. Das Anforderungsprofil der Arbeitnehmer wandelt sich ständig. Die Politik ist gefordert, diesen Wandel mitzugestalten.

Wir müssen uns den Herausforderungen der Globalisierung stellen und den Wettbewerb annehmen. Wenn wir in Deutschland wieder mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze schaffen wollen, müssen wir das Gleichgewicht zwischen Freiheit und sozialer Verantwortung neu bestimmen. Wir brauchen mehr Unternehmergeist und weniger staatliche Reglementierung, mehr Selbstverantwortung und weniger Versorgungsmentalität. Nur so kann die Soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft ein Erfolgsmodell bleiben.

Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahrzehnten gut mit der Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit gelebt. Wir wenden uns deshalb gegen alle Versuche, das eine

gegen das andere auszuspielen. Primitive Neid- und Klassenkampfpapieren helfen unserem Land genauso wenig weiter wie ein blinder Ökonomismus, der die Bedürfnisse der Menschen ignoriert.

Die Förderung von Arbeit und Wachstum ist das Gebot der Stunde. Aufgabe der Landespolitik ist es, Baden-Württemberg als Standort für Unternehmen so attraktiv wie möglich zu machen, günstige Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen, die Belastungen für die Betriebe zu senken und alle Hemmnisse abzubauen, die die Entstehung neuer Arbeitsplätze verhindern.

Wir schaffen Rahmenbedingungen für Wachstum

Die Wirtschaft in Deutschland muss nach Jahren der Stagnation endlich wieder zu mehr Wachstum finden. Nur auf der Basis eines soliden Wirtschaftswachstums können wir die Staatsfinanzen entlasten, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig machen und das Land grundlegend modernisieren.

Wir wollen der Wirtschaft den Spielraum geben, den sie braucht, um Menschen einzustellen und zu beschäftigen. Deshalb treten wir für eine Reduzierung der Lohnzusatzkosten ein. Unabdingbar ist für uns auch eine Flexibilisierung des Arbeits- und Sozialrechts. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen mit hohem Personalkostenanteil und stark schwankenden Umsätzen brauchen ein flexibles Arbeitsrecht. Wir müssen alles tun, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze erleichtert.

Für die CDU ist die berufliche Bildung einer der wichtigsten Beiträge zu einer dauerhaften Beschäftigung. Wir bekennen uns zum dualen Ausbildungssystem, das eine zeitgemäße und bedarfsgerechte Ausbildung von Fachkräften sicherstellt. Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt hat sich in den letzten Jahren allerdings dramatisch verschärft. Deshalb fördern und unterstützen wir alle Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrstellensituation in Baden-Württemberg. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich auch in Zukunft im Dialog mit allen Kräften der Wirtschaft dafür einsetzen, dass alle jungen Menschen im Land eine Lehrstelle finden.

Die Fort- und Weiterbildung gewinnt in einer dynamischen Wirtschaft stetig an Bedeutung. Der technologische Fortschritt erfordert im Anschluss an die Erstausbildung die ständige



Anpassung und Erweiterung der beruflichen Fähigkeiten. Lebensbegleitende Weiterbildung sichert die Qualifikation der Arbeitnehmer und erhöht das Wachstumspotenzial der Wirtschaft. Wir wollen deshalb die Fort- und Weiterbildung zur vierten Säule unseres Bildungssystems ausbauen.

Eine wichtige Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik ist die qualifizierte Beratung und Betreuung der baden-württembergischen Unternehmen sowie von Firmen, die sich bei uns ansiedeln möchten. Die CDU setzt sich für den weiteren Ausbau eines wirkungsvollen, nationalen und internationalen Standortmarketings ein, damit unser Land sich weltweit mit seinen Vorteilen präsentieren kann. Ein weiteres Instrument der Wirtschaftsförderung ist eine aktive Messepolitik. Wir haben uns stets für eine starke Landesmesse in Stuttgart wie auch für eine Reihe von gut positionierten, regionalen Messeplätzen in Baden-Württemberg ausgesprochen. Die neue Messe Stuttgart ist eines der größten Infrastrukturprojekte des Landes. Sie wird sich als Schaufenster der Wirtschaft und als Visitenkarte des Landes im nationalen, aber auch internationalen Messe- und Kongresswesen behaupten.

Baden-Württemberg: das Mittelstandsland

Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstandes: Mittelständische Unternehmen stellen zwei Drittel unserer Arbeitsplätze und 80 Prozent unserer Ausbildungsplätze. Aus dem Mittelstand kommen 50 Prozent der Wertschöpfung und 80 Prozent des gewerblichen Steueraufkommens.

Es sind nach wie vor die kleinen und mittleren Unternehmen, die den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg prägen. Viele dieser mittelständischen Betriebe sind Familienunternehmen, die oft schon seit Generationen im Land verankert sind. Sie verstehen sich nicht nur als Wirtschaftsunternehmen, sondern sie übernehmen Verantwortung in unserer aktiven Bürgergesellschaft. Die CDU bekennt sich auch in Zukunft zur Förderung von Mittelstand und Handwerk.

Baden-Württemberg verfügt über eine gute Mischung aus Großunternehmen und mittelständischen Betrieben, deren Standorte sich über das ganze Land verteilen. Diese ausgewogene Wirtschaftsstruktur vermindert die Anfälligkeit für Konjunkturreinbrüche und stärkt die Entwicklung in allen Landesteilen. Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum ist ein starker Finanzplatz. Mit der Landesbank Baden-Württemberg verfügt unser Land über die größte und ertragsstärkste Landesbank in Deutschland. Die öffentlich-rechtlichen

Sparkassen und die Genossenschaftsbanken sichern die finanzwirtschaftliche Versorgung aller Bürger und sorgen für Wettbewerb auch in der Fläche. Die bundesweit bedeutendsten Bausparkassen aus dem öffentlich-rechtlichen, genossenschaftlichen und privaten Bereich kommen aus dem Bausparland Baden-Württemberg. In unserem Land haben zudem bedeutende deutsche Versicherungsunternehmen ihren Sitz. Baden-Württemberg hat seine Position als moderner und leistungsfähiger Finanzplatz in den letzten Jahren nachhaltig gestärkt und ausgebaut.

Eine gesicherte Finanzierung im Mittelstand ist zentrales Anliegen unserer Politik. Die Kreditfinanzierung ist trotz der zunehmenden Bedeutung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten die Grundlage in der Mittelstandsfinanzierung. Wir wollen das bewährte dreigliedrige Bankensystem aus privaten, genossenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Instituten mit kommunal und regional verankerten Sparkassen erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, den Markt für die Mittelstandsfinanzierung zu verbreitern. Außerdem werden wir alles tun, damit mehr privates Eigenkapital, zum Beispiel über mittelständische Beteiligungsfonds, bereitgestellt wird. Generell muss die Eigenkapitalausstattung der Wirtschaft verbessert werden. Auch der Wagniskapitalmarkt ist in Deutschland und Baden-Württemberg noch deutlich unterrepräsentiert. Überregulierung und Übersanktionierung durch bankaufsichtliche Regelungen, speziell der regional tätigen Kreditinstitute, müssen vermieden und zurückgeführt werden. Die Umsetzung bestehender Vorschriften muss praxisgerecht und flexibel erfolgen. Wir begrüßen die bereits erfolgten Erleichterungen der Kreditvergabe beim § 18 KWG. Gleichzeitig wollen wir die bestehenden Spielräume bei der nationalen Umsetzung von Basel II zugunsten einer erleichterten Kreditvergabe, insbesondere an mittelständische Unternehmen, ausschöpfen.

Ein Weg zur Erhöhung der Eigenkapitalquote im Mittelstand ist die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihren Unternehmen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Beteiligungsmodelle verbessern und für diese Formen der Partnerschaft im Betrieb werben.

Die CDU will Betriebsübergaben und Unternehmensnachfolgen erleichtern. Schätzungen gehen davon aus, dass nur noch 50 Prozent der Unternehmer ihre Firma an die eigenen Kinder übergeben. Vom Gelingen dieses Generationswechsels hängen 750.000 Arbeitsplätze ab. Deshalb wird die CDU alles daran setzen, den immensen Informations- und Beratungsbedarf der Unternehmen zu flankieren.



Wir unterstützen die Bundesregierung bei ihren Plänen, zum 1. Januar 2007 ein neues Erbschaftsteuerrecht in Kraft treten zu lassen. Dabei sollen die Erbschaft- und Schenkungsteuer für das produktive Vermögen eines Unternehmens bei der Betriebsfortführung zunächst für zehn Jahre gestundet und für jedes Jahr, in dem der Erbe den Betrieb fortführt, um ein Zehntel reduziert werden. Diese Regelung stellt sicher, dass bei Fortführung des Unternehmens das produktive Vermögen erbschaftsteuerfrei in die nächste Generation übertragen werden kann und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die CDU setzt bei allen Gesetzgebungsverfahren auf eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung. In den letzten Monaten haben wir eine Reform des Gemeindefinanzierungsrechts voran gebracht. Wir wollen, dass die Kommunen außerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge in Zukunft nur dann wirtschaftlich tätig werden dürfen, wenn sie nachweislich besser sind als private Anbieter. Ausnahmen von dieser Regel soll es nur dann geben, wenn ein kommunales Unternehmen bestimmte Tätigkeiten schon in der Vergangenheit ausgeübt hat.

Gründerland Baden-Württemberg

Zu den Kernaufgaben einer gestaltenden Mittelstandspolitik gehört die Förderung von Existenzgründungen. Um unsere Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen, brauchen wir in Deutschland neben mittelstandsfreundlichen Rahmenbedingungen mehr Mut zur Selbstständigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Mentalitätswandel bereits in den Schulen und an den Hochschulen angeregt wird.

Die Existenzgründungsförderung der letzten Jahre war insgesamt erfolgreich. Die unbürokratischen Finanzierungsangebote der L-Bank, der Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft wurden stark nachgefragt. Wir setzen uns dafür ein, dass die erfolgreichen Gründerverbände bei den Hochschulen fortgesetzt und noch weiter ausgebaut werden, wo dies möglich ist. Unternehmensgründungen und insbesondere Ausgründungen aus Hochschulen sollen durch finanzielle Anreize beschleunigt und unterstützt werden. Darüber hinaus muss das Engagement privater Geldgeber durch entsprechende Anreize verstärkt werden.

Als Schnittstelle zwischen universitärer Forschung, Dienstleistung und wirtschaftlicher Produktion setzen wir auf die Technologie- und Gründerzentren, die im Land flächendeckend präsent sind.

Arbeit hat bei uns Vorrang

Wachstum und Wettbewerb sind für uns kein Selbstzweck. Es geht uns um das Schicksal der Menschen, die bereits von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder die um ihren Arbeitsplatz bangen müssen: Wir setzen uns für junge Menschen ein, die keinen Zugang zum Erwerbsleben finden und deren Leben in eine Sackgasse zu führen droht, bevor es richtig begonnen hat. Wir kümmern uns um die älteren Arbeitnehmer, die mit oft eher zweifelhaften Begründungen und staatlichen Subventionen aus dem Arbeitsprozess hinausgedrängt werden und das Gefühl haben, nicht mehr gebraucht zu werden. Wir suchen nach Wegen, um den so genannten Niedrigqualifizierten zu helfen, für die es immer schwieriger wird, eine Beschäftigung zu finden. Wir machen Politik für Familienväter und -mütter, die mit zunehmendem Alter plötzlich nicht mehr sicher sein können, dass sie ihre Arbeit behalten oder eine Chance zum Wiedereinstieg finden.

Wir sind stolz darauf, dass Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote aller deutschen Länder vorweisen kann. Dieser Spitzenplatz ist das Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung aller Kräfte in unserem Land, aber auch einer konsequenten und zielgerichteten Politik. Wir haben uns nie mit dem Erreichten zufrieden gegeben und werden auch in Zukunft um jeden Arbeitsplatz in Baden-Württemberg kämpfen.

Langzeitarbeitslose, Jugendliche ohne Beschäftigung, Menschen nach der Familienphase und ältere Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, sind von der schwierigen Arbeitsmarktsituation besonders betroffen. In Baden-Württemberg sind rund 100.000 Menschen seit längerer Zeit arbeitslos. Für sie ist es wichtig, dass sie Hilfsangebote aus einer Hand erhalten. Wir wollen deshalb die kommunale Verantwortung bei der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende weiter stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt- und Landkreise die Möglichkeit erhalten, die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit in eigener Zuständigkeit zu übernehmen. Gerade auf der kommunalen Ebene besteht die Möglichkeit, verschiedene soziale Hilfen zu bündeln und mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu verzahnen. Diese Synergieeffekte auf lokaler Ebene wollen wir verstärkt nutzen.

Hohe Sozialversicherungsabgaben bremsen die Schaffung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnssektor. Wir wollen deshalb Menschen, die seit mehr als einem Jahr arbeitslos sind, den Weg in die Beschäftigung durch ein Kombilohnmodell ebnen. Zeitlich befristet sollen einfache Dienstleistungen von Sozialabgaben befreit werden, um Langzeitarbeitslosen einen leichteren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.



Baden-Württemberg hat bundesweit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Allerdings ist auch bei uns eine Zunahme der Zahl der Menschen unter 25 Jahren, die ohne Arbeit sind, zu beobachten. Wir werden diese Entwicklung mit allen Kräften bekämpfen, denn der Zugang zur Arbeitswelt ist von zentraler Bedeutung für die gesamte Lebensperspektive junger Menschen und prägt das soziale Klima in unserem Land. Deshalb hat die Landesregierung im Sommer 2004 zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit die Initiative „AKKU – Wir laden Projekte“ mit einem Volumen von 40,6 Millionen Euro gestartet. Diese Initiative unterstützt vor allem benachteiligte Jugendliche beim Start ins Erwerbsleben.

Ein weiteres, großes Problem ist die Arbeitslosigkeit von älteren Menschen, die oft über Jahrzehnte erwerbstätig waren und durch ihre Lebensleistung den Wohlstand unseres Landes mit aufgebaut haben. Die angespannte Wirtschaftslage trifft diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders hart. Sie gehören häufig zu den Ersten, die in Krisensituationen entlassen werden. Unser Ziel ist es, Arbeit für möglichst viele Menschen zu schaffen – gerade auch für die Älteren. Eine pauschale Diskriminierung älterer Menschen lehnen wir entschieden ab. Wir geben uns nicht damit zufrieden, dass in der öffentlichen Diskussion nur über die Belastungen und Defizite des Alters geredet wird. Wir sehen auch die spezifischen Stärken dieser Generation. Die wichtigste dieser Stärken ist ihre Erfahrung, auf die unsere Gesellschaft und auch unsere Wirtschaft angewiesen sind. Deshalb brauchen wir Berufsbilder, die den Fähigkeiten älterer Menschen entsprechen. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kann unsere Gesellschaft auf das Know-how und die Erfahrung der älteren Generation nicht verzichten.

Die CDU setzt sich dafür ein, bestehende Fehlanreize abzubauen und über neue Formen der Beschäftigung speziell für ältere Menschen nachzudenken. Dazu gehören auch Kombi-lohnmodelle oder Tätigkeiten im Grenzbereich zwischen Erwerbsarbeit und Ehrenamt.

Baden-Württemberg hat traditionell eine der höchsten Frauenerwerbsquoten in Deutschland. Auch darin ist ein nicht unerheblicher Teil des Wohlstandes in Baden-Württemberg begründet. Ziel unserer Politik ist es, die Chancengleichheit von Frau und Mann in einer partnerschaftlichen Gesellschaft zu verwirklichen. Wir wollen bestehende Benachteiligungen in Familie, Arbeitswelt, Politik und in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen abbauen und sowohl die Erwerbsquote als auch die Selbständigenquote von Frauen im Land weiter erhöhen.

Durch das Projekt „Kinderland Baden-Württemberg“, das die Landesregierung in den letzten Monaten auf den Weg gebracht hat, werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter weiter verbessern.

Energiepolitik: Wir setzen Kräfte frei

Eine zuverlässige, preiswerte und umweltfreundliche Energieversorgung ist für die Wirtschaft und die privaten Haushalte unseres Landes unverzichtbar.

Wir nehmen den Umweltschutz und die Bewahrung der natürlichen Ressourcen für kommende Generationen ernst. Deshalb setzen wir uns bei der Stromerzeugung für einen ausgewogenen Energiemix ein, der alle wirtschaftlich nutzbaren Energieträger berücksichtigt.

Baden-Württemberg gehört schon heute zu den führenden Ländern im Bereich der erneuerbaren Energien – bei der oberflächennahen Erdwärme sind wir Vorreiter und bei der Wasserkraft nutzen wir das Ausbaupotenzial ebenso wie bei der Biomasse. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren unsere Spitzenstellung entsprechend unseren Stärken bei den erneuerbaren Energien ausbauen.

Wir unterstützen die Zielsetzung der Bundesregierung, bis 2020 mindestens 20 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Wir setzen uns dafür ein, dass bis 2050 rund 50 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt werden.

Die CDU-geführte Landesregierung strebt mit ihrem Klimakonzept 2010 an, bis zum Jahr 2010 den Anteil erneuerbarer Energien zu verdoppeln (auf 4,8 Prozent beim Primärenergieverbrauch und 11,5 Prozent beim Stromverbrauch). Allein durch die dezentrale Nutzung von Biomasse (einschließlich Holz) sollen bis 2010 ca. 2,5 Prozent des Primärenergieverbrauchs im Land gedeckt werden.

Der Anteil erneuerbarer Energieträger an der Stromerzeugung lag im Jahr 2004 in Baden-Württemberg bereits bei über 8 Prozent. Der Primärenergieverbrauch wurde zu 3,3 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern gedeckt.

Wir fördern den Ausbau regenerativer Energien. Seit 1991 fördert die Landesregierung gezielt Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien. Bis zum Jahr 2004 wurden hierfür 189 Millionen Euro an Fördergeldern aufgewendet. Daneben bietet das Land an seinen Universitäten und Fachhochschulen zahlreiche Studiengänge zum Themenbereich „regenerative Energien“ an. Die CDU wird diese Politik fortsetzen.



Erneuerbare Energien sind in ihrer Nutzung von den Gegebenheiten der Natur abhängig. Die verschiedenen Technologien müssen daher dort zum Einsatz kommen, wo sie auch optimal genutzt werden können. In Baden-Württemberg ist dies vor allem bei der Geothermie, der Biomasse und der Sonnenenergie sowie der Wasserkraft der Fall, wobei letztere bereits intensiv genutzt wird. Bei diesen Energieträgern setzen wir uns für die Fortführung der bewährten Förderprogramme ein.

Kritisch bewerten wir dagegen die Förderung von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg. Anders als das norddeutsche Tiefland ist Baden-Württemberg aufgrund seiner Binnenlage nur sehr bedingt für die Nutzung der Windenergie geeignet.

Rund 58 Prozent des Strombedarfs in Baden-Württemberg werden klimaverträglich von den weltweit sichersten Kernkraftwerken gedeckt. Durch den von der rot-grünen Bundesregierung verordneten Atomausstieg wird unser Land deshalb besonders stark benachteiligt. Der willkürliche Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie bedroht zum einen die sichere und eigenständige Energieversorgung des Landes. Zum anderen ist er auch ökologisch ein Fehler, da die abgeschalteten Kernkraftwerke durch konventionelle Kraftwerke ersetzt werden müssen, in denen Kohle und Gas verbrannt werden. Dies aber führt zu einem erhöhten Kohlendioxid ausstoß und damit zu einer Verstärkung des Treibhauseffekts. Die CDU befürwortet deshalb eine Verlängerung der Laufzeit der bestehenden Kernkraftwerke. Grundlage für die Beurteilung muss selbstverständlich allein die Sicherheit der Kraftwerke sein. Durch die Laufzeitverlängerung gewinnen wir Zeit, um die Nutzung der regenerativen Energien weiter zu verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Teil des Gewinns der Energieversorger, den sie durch die Laufzeitverlängerung erzielen, in die Erforschung und Förderung erneuerbarer Energien investiert wird.

Energiepolitik ist für uns Standortpolitik. Wir dürfen nicht abhängig von Stromimporten werden, sondern müssen in der Lage sein, den Strom, der bei uns benötigt wird, auch im Land zu erzeugen. Unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft brauchen Versorgungssicherheit. Deshalb sind die CDU und Ministerpräsident Günther H. Oettinger bestrebt, dass auch künftig der Einfluss Baden-Württembergs auf die Energieversorgungsunternehmen groß genug ist, um bei vergleichbaren Kostenstrukturen Standortentscheidungen zu Gunsten des Landes zu erreichen. Als bedeutender Automobilstandort müssen wir ein Interesse an der Entwicklung neuer Kraftstoffe und Antriebstechnologien haben, die nicht auf Erdöl basieren. Fossile Treibstoffe sind endlich und wir dürfen nicht in eine Importabhängigkeit von krisengeschüttelten und instabilen Regionen geraten. Uns geht es dabei

um die Entwicklung von intelligenten Mobilitätstechnologien, die umweltfreundlich sind und uns von Ölimporten unabhängiger machen. Dazu bauen wir die laufende Forschung zu einem Forschungsschwerpunkt „Alternative Antriebe“ aus.

Verkehrspolitik: Wir bringen das Wachstum auf den Weg

Baden-Württemberg ist eine wichtige Drehscheibe des europäischen Verkehrs. Allen Prognosen zufolge wird sich der Zuwachs der Verkehrsleistungen künftig fortsetzen. Wir werden das Verkehrssystem deshalb weiter modernisieren und ausbauen. Gerade in einem Flächenland wie Baden-Württemberg ist eine gute und moderne Infrastruktur die Grundvoraussetzung, um die Potenziale aller Regionen des Landes ausschöpfen zu können.

Die CDU will, dass künftig Schluss mit Staus, Verspätungen und Stop-and-go-Verkehr in Ortsdurchfahrten und auf unvollendeten Fernstraßen ist: Unser Land sollte künftig in den Verkehrsmeldungen nur noch Seltenheitswert haben.

Wir wollen eine zukunftsorientierte und umweltgerechte Verkehrspolitik, die sich am Gemeinwohl und an den Mobilitätsbedürfnissen der Bürger und der Wirtschaft orientiert. Grundlegend hierfür sind der kontinuierliche Aus- und Neubau von Schiene, Straße, Luftverkehr und Wasserstraße sowie die bestmögliche Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger.

Der Aus- und Neubau der Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg hinkt seit Jahren dem stark steigenden Bedarf hinterher. Die bisher von der rot-grünen Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel reichen nicht aus. Derzeit sind rund 30 Aus- und Neubauprojekte mit einem Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Euro planfestgestellt. Um diese Projekte voranzutreiben, braucht das Land rund 300 Millionen Euro im Jahr. Rot-Grün hat dem Land aber lediglich 174 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, dass künftig ausreichend Mittel aus Berlin nach Baden-Württemberg fließen, um den Ausbau der Autobahnen und Fernstraßen im Land wie der A5, der A6, der A8 und der A98 zu ermöglichen.

Darüber hinaus bemühen wir uns um eine dauerhafte Erhöhung der Mittelzuweisung, um Planungssicherheit und Kontinuität bei der Verkehrsinfrastruktur des Bundes sicherzustellen. Für den Bau und Unterhalt der Verkehrswege brauchen wir zusätzliche Mittel. Hierzu sollten in Zukunft verstärkt auch private Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden.



Anders als die Bundesregierung konnte das Land trotz der Haushaltskonsolidierung dank des Investitions- und Sonderprogramms eine Verstärkung der Mittel für den Landesstraßenbau erreichen. Seit dem Jahr 2002 wurden auch die Erhaltungsaufwendungen gestärkt. Unser Ziel ist es, trotz der harten Sparzwänge auch in Zukunft die notwendigen Aus- und Neubauvorhaben zu realisieren und den Zustand des Landesstraßennetzes dauerhaft zu sichern. Dazu werden wir eine verlässliche Mittelausstattung bereitstellen. Ferner wollen wir gewährleisten, dass auch künftig die Investitionsmittel des Bundes und des Landes zügig umgesetzt werden können. Diese Investitionen kommen vor allem dem Ländlichen Raum zugute. Ergänzend zur Finanzierung der Infrastruktur aus öffentlichen Haushalten setzen wir auch auf innovative Wege der Finanzierung durch Public Private Partnership (PPP). Wir unterstützen darüber hinaus die Anstrengungen auf Bundesebene, die bestehende Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) zu einer unabhängigen Gesellschaft zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur auszubauen, der die Einnahmen aus der LKW-Maut direkt zufließen. Unser Grundsatz heißt: Straße finanziert Straße.

Die CDU fordert, dass die Bundesregierung für den bedarfsgerechten Ausbau der Schienenstrecken ausreichend Mittel zur Verfügung stellt. Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm sind von entscheidender Bedeutung für die Einbindung des Landes in das europäische Hochgeschwindigkeits-Schienennetz auf der Achse Paris-Straßburg-Karlsruhe-München. Von Stuttgart 21 profitieren nicht nur die Landeshauptstadt und der mittlere Neckarraum, sondern das ganze Land. Ein Verzicht auf dieses Projekt würde dazu führen, dass die Verkehrsströme sich neue Wege jenseits der Landesgrenzen suchen. Mit dem ersten Planfeststellungsbeschluss zu Stuttgart 21 ist ein entscheidender Schritt getan worden. Die CDU steht zum Vorfinanzierungsangebot des Landes für Stuttgart 21. Im Gegenzug erwarten wir von der Deutschen Bahn und dem Bund, dass sie sich ebenfalls an die Abmachungen halten. Die CDU setzt sich für einen raschen Baubeschluss ein. Ferner fordern wir die Bundesregierung dazu auf, dass sie sich um Fördermittel der EU für dieses wichtige Projekt bemüht.

Die Rheintalbahn ist in Verbindung mit dem neuen Gotthard-Basis-Tunnel ein wichtiges Teilstück der europäischen Nord-Süd-Magistrale. Die CDU setzt sich für einen viergleisigen Ausbau der Eisenbahnlinie zwischen Karlsruhe und Basel ein, der die Belange von Mensch und Natur berücksichtigt.

Wir sind für die vollwertige Einbindung des Hauptbahnhofes Mannheim in die geplante Neubaustrecke zwischen Frankfurt und Mannheim. Diese Neubaustrecke ist für die Region Rhein-Neckar und das Land von sehr hoher Bedeutung, wenn es darum geht, die Lücke zwischen den Hochgeschwindigkeitsstrecken Köln – Frankfurt und Mannheim – Stuttgart – München baldmöglichst zu schließen. Dieser Lückenschluss darf aber nicht dazu führen, dass die Stadt Mannheim von der neuen ICE-Strecke abgeschnitten wird. Ebenso wichtig ist uns die Anbindung an das französische Hochgeschwindigkeitsnetz.

Die Geschichte des ÖPNV ist eine Erfolgsstory für Baden-Württemberg. Neben den Investitionen in Infrastruktur und Fahrzeuge gibt das Land jährlich rund 400 Mio. Euro für den Schüler-, Studenten- und Lehrlingsverkehr in Bussen und Bahnen aus. Die CDU setzt sich dafür ein, dass wir beim ÖPNV den erreichten hohen Standard nachhaltig sichern. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen eine Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund.

Baden-Württemberg muss auch für den Luftverkehr gut erreichbar sein. Unsere Flughäfen sind dabei gut aufgestellt: Der Landesflughafen Stuttgart belegt bundesweit den achten Platz und steht bei den Wachstumszahlen an der Spitze der deutschen Verkehrsflughäfen. Mit dem Ausbau der Terminkapazitäten sind die erforderlichen Abfertigungsanlagen für Passagiere langfristig vorhanden.

Im Interesse der Binnenschifffahrt setzen wir uns für einen bedarfsgerechten Ausbau der Wasserstraßen und insbesondere für den Ausbau der Neckarschleusen auf 140 m ein.

Medienpolitik

Medienpolitik bleibt ein wichtiges Themenfeld der Landespolitik. Die IT- und Medienbranche ist mittlerweile der zweitstärkste Wirtschaftszweig im Land. Mit der Filmakademie in Ludwigsburg, der Popakademie in Mannheim, dem ZKM in Karlsruhe sowie der MFG ist der Medienstandort Baden-Württemberg gut gerüstet. Insgesamt werden im Land über 220 Studiengänge im IT- und Medienbereich angeboten.

Diese hervorragende Ausgangsposition wollen wir durch zuverlässige Rahmenbedingungen und gezielte Impulse, vor allem auch zu Gunsten kleiner und mittelständischer Unternehmen, fortentwickeln. Wir setzen weiterhin auf die traditionell starke Verlags- und Druckbranche sowie auf ein breites Spektrum an Werbeagenturen und Rundfunkanstalten sowie die gesamte Kreativbranche.



Das Entdeckerland

Baden-Württemberg ist das Entdecker- und Forscherland Nummer eins in Europa. In keiner Region wird mehr geforscht und entwickelt, werden mehr Patente angemeldet. Entdeckungen und Innovationen fallen nicht vom Himmel. Sie brauchen ein aufgeschlossenes Klima und eine gut ausgebaute Bildungs- und Forschungsinfrastruktur. Vor allem aber benötigen sie Menschen, die dem Neuen gegenüber aufgeschlossen sind; die bereit sind, ungewöhnliche Wege zu gehen; und die sich auch durch Rückschläge nicht entmutigen lassen. Die Entwicklung Baden-Württembergs wurde maßgeblich durch solche Menschen geprägt. Auf diese Tüftler und Erfinder, diese Quer- und Vordenker sind wir mit Recht stolz. Sie haben die Grundlage für das geschaffen, was unser Land heute ausmacht.

Die wichtigsten Ressourcen unseres Landes sind das Wissen der Menschen, ihr Können und ihre Phantasie. Die baden-württembergische Bildungs- und Wissenschaftspolitik lässt sich in einem Grundsatz zusammenfassen: „Wir investieren in die Köpfe.“ An dieser Philosophie werden wir auch in Zukunft festhalten. Wir brauchen intelligente Menschen für intelligente Produkte und Dienstleistungen. Denn nur mit diesen können wir im Wettbewerbsdruck der globalisierten Märkte bestehen.

In den vergangenen 50 Jahren wurden in unserem Land hervorragende Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Technologie geschaffen. Das ist nicht zuletzt das Verdienst der CDU. Fortschritt ist für uns kein absoluter Wert, sondern er hat eine dienende Funktion. Sein Maßstab ist der Mensch. Diese Wertorientierung steht für uns nicht zur Disposition. Sie hilft uns, die Chancen von Wissenschaft und Technologie zu nutzen, ohne die Augen vor möglichen Risiken zu verschließen. Eine naive Fortschrittsfeindlichkeit, wie sie kennzeichnend für die Politik der rot-grünen Bundesregierung war, lehnen wir ebenso ab wie ein technokratisches Machbarkeitsdenken. Beides ist mit unserem Menschenbild und unserer Vorstellung einer verantwortungsbewussten Politik nicht zu vereinbaren.

Unsere Aufgabe ist es, auch in Zukunft optimale Rahmenbedingungen für Wissenschaft, Forschung und Technologie in Baden-Württemberg zu schaffen. Wir müssen den Entdeckerdrang in unserem Land wecken und stärken: in Familien und Kindergärten, in Schulen und Ausbildungseinrichtungen, an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, in Betrieben und Wirtschaftsunternehmen.

Ein Erfolgsrezept unseres Landes sind die kurzen Wege zwischen Labor und Werkbank.

Damit aus Wissen Produkte werden und aus Produkten Wohlstand für die Menschen entsteht, setzt die CDU sich für eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein. Das neue Landeshochschulgesetz hat den Wissens- und Technologietransfer ausdrücklich als eine Kernaufgabe der Hochschulen definiert. Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass diese Aufgabe bei uns auch in Zukunft Priorität behält.

Die kommerzielle Nutzung von Forschungsergebnissen und Erfindungen soll vorzugsweise im Inland stattfinden.

Die CDU steht für eine nachhaltige Wirtschafts-, Technologie- und Forschungspolitik. Aus diesem Grund hat die Landesregierung seit 1994 über 1.800 Millionen Euro aus Veräußerungsgewinnen in wichtige Zukunftsprojekte investiert: in Bildung und Ausbildung, in Forschungs- und Technologieförderung, in die Wissenschaft und die Verbesserung der Infrastruktur. Zum 1. Januar 2000 hat die Landesregierung die gemeinnützige Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH gegründet. Aus ihrem Vermögen in Höhe von rund 2.800 Millionen Euro kann die Stiftung jedes Jahr ohne Kapitalverzehr Projekte im Umfang von etwa 50 Millionen Euro fördern, die schwerpunktmäßig der Wissenschaft und Forschung, aber auch der Erziehung und Bildung zugute kommen. Kein anderes Bundesland verfügt über eine vergleichbare Zukunftsstiftung. Kein Land gibt mehr Geld für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur aus als Baden-Württemberg. Die CDU bekennt sich ausdrücklich zu diesen Zukunftsinvestitionen. Wir wollen auch morgen das Entdeckerland bleiben!

Baden-Württemberg: das Land mit den besten Hochschulen Deutschlands

Experimentieren, entwickeln und erdenken – lehren, lernen und leisten: Der Ort, an dem Wissen geschaffen und vermittelt wird, sind die Hochschulen des Landes. Baden-Württemberg verfügt über herausragende Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. In allen Hochschul- und Forschungsrankings sind die Universitäten aus Baden-Württemberg in der Spitzengruppe weit überproportional stark vertreten.

Unser Land besitzt die dichteste und differenzierteste Hochschullandschaft in Deutschland. Sie umfasst neun Universitäten, sechs pädagogische Hochschulen, 25 Fachhochschulen, zehn Musik- und Kunsthochschulen, acht Berufsakademien und jeweils eine Film- und Popakademie sowie zahlreiche private Hochschulen. Diese Vielfalt ist unsere Stärke. Wir wollen sie erhalten und weiter entwickeln. Wir sichern Wahlmöglichkeiten und Bildungschancen für alle jungen Menschen in allen Teilen Baden-Württembergs.



Um die Entwicklung unserer Hochschulen weiter voranzutreiben und die Vernetzung mit der Wirtschaft zu stärken, führt die Landesregierung Dialogforen zur regionalen und landesweiten Hochschulentwicklung durch. Ziel dieser Foren ist es, Verantwortungsgemeinschaften zu etablieren, die Hochschulausbildung noch stärker am Bedarf der Unternehmen zu orientieren und ein lebendiges, vielfältiges Stipendienwesen aufzubauen. Ein wesentlicher Schwerpunkt soll auch auf dem Aus- und Umbau der Fächerprofile und Studienrichtungen liegen, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes besonders wichtig sind.

Mehr Leistung durch mehr Selbstverantwortung

Unsere Hochschulen stehen in einem internationalen Wettbewerb. Sie konkurrieren weltweit um die besten Studenten und Professoren. Wir haben unsere Hochschulen für diesen Wettbewerb fit gemacht. Durch die Einführung internationaler Studienabschlüsse wie Bachelor und Master sind die baden-württembergischen Hochschulen Vorreiter einer internationalen Hochschulpolitik. Auf Initiative der CDU wurde in Baden-Württemberg bereits Mitte der 90er Jahre ein Reformprozess angestoßen, der den Hochschulen des Landes Schritt für Schritt mehr Selbstständigkeit und Handlungsspielraum gegeben hat. Wir haben die Leitungsstrukturen effizienter und unternehmerischer gestaltet. Heute hat Baden-Württemberg das modernste Hochschulgesetz Deutschlands.

Zur unternehmerischen Ausrichtung unserer Hochschulen gehört es auch, dass sie sich ihre Studierenden weitgehend selbst aussuchen können. Nur so können wir im Wettbewerb um die besten Köpfe und die Herausforderungen des internationalen Bildungsmarktes bestehen. Der CDU-geführten Landesregierung ist es gelungen, die Zahl der Studienplätze, die durch die ZVS vergeben werden, zu reduzieren. Heute beträgt die Selbstauswahlquote der Hochschulen im Land bei Studiengängen mit örtlichem Numerus clausus ca. 90 Prozent. Langfristig setzen wir uns für die völlige Abschaffung der zentralistischen ZVS-Bürokratie und für die Umwandlung der ZVS in eine Service-Einrichtung für Studienbewerber und Hochschulen ein. Unsere Hochschulen müssen sich in Zukunft mehr als bisher auf ihre jeweiligen fachlichen Stärken konzentrieren. Um unser Land in Wissenschaft und Forschung strategisch noch besser zu positionieren, fordert die CDU stärkere Schwerpunktsetzungen und Abstimmungen zwischen den Hochschulen sowie den Abbau von Doppelstrukturen.

Ein neuer Solidarpakt zur Hochschulfinanzierung

Für ihre Arbeit brauchen die Hochschulen eine verlässliche Finanzierung. Baden-Württemberg hat auf diesem Gebiet Maßstäbe gesetzt. Für jeden Studierenden gibt unser Land pro Jahr 8.500 Euro aus – das sind 2.000 Euro mehr als beispielsweise in Rheinland-Pfalz. Trotz einer schwierigen Haushaltslage wird sich die CDU für die Beibehaltung dieses hohen Finanzierungsniveaus einsetzen.

Der aktuelle Solidarpakt zur Hochschulfinanzierung zwischen der Landesregierung und den Universitäten läuft Ende 2006 aus. Die CDU setzt sich für den Abschluss eines neuen Solidarpakts ein, der die Höhe der staatlichen Zuschüsse für mehrere Jahre garantiert und ihnen finanzielle Planungssicherheit gibt. Im Gegenzug erwarten wir von den Hochschulen, dass sie bereit sind, sich dem Wettbewerb zu stellen, ihre Kräfte durch mehr Kooperation und mehr Arbeitsteilung zu bündeln und die Maßnahmen zur Qualitätssicherung weiter zu verstärken. Auch die Berufsakademien sollen eine mittelfristige Finanzplanung erhalten.

Die CDU wird außerdem durch ein befristetes Ausbauprogramm für Hochschulen und Berufsakademien der in den nächsten Jahren deutlich steigenden Zahl an Studienberechtigten – einschließlich des doppelten Abiturientenjahrgangs im Jahr 2012 – Rechnung tragen. Für Baden-Württemberg bedeutet dies die besondere Chance, entgegen dem demografischen Trend den Ersatzbedarf des Arbeitsmarktes im nächsten Jahrzehnt im hochqualifizierten Sektor sicherzustellen. Deshalb werden wir hierbei die Anforderungen des künftigen Arbeitsmarktes und den Bedarf der Wirtschaft besonders berücksichtigen.

Aufgrund des wachsenden internationalen Wettbewerbs werden Drittmittel für die Hochschulfinanzierung in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen. Im Bundesvergleich liegen die Hochschulen in Baden-Württemberg bei der Einwerbung von Drittmitteln mit 103.000 Euro pro Professorenstelle an der Spitze. Insgesamt haben die baden-württembergischen Hochschulen im Jahr 2003 411,8 Mio. Euro an Drittmitteln eingeworben. Dies spricht für die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass dieses gute Klima erhalten bleibt. Unstreitig ist für uns, dass es bestimmte Bereiche – etwa in der Grundlagenforschung oder in den Geisteswissenschaften – gibt, die auch in Zukunft überwiegend oder ausschließlich auf staatliche Gelder angewiesen bleiben.



Auch bei der Einrichtung von Stiftungsprofessuren wird die CDU alles daran setzen, den Spitzenplatz des Landes zu sichern. Derzeit bestehen in Baden-Württemberg 67 Stiftungsprofessuren mit einem Stiftungsvolumen von 100 Mio. Euro. Baden-Württemberg hat die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern vorangetrieben, durch die die Hochschulen mehr Mittel für die Forschung erhalten.

Studiengebühren schaffen einen Markt für Wissen und sind sozial gerecht

Der Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen dient auch die von der CDU geforderte Einführung von Studiengebühren ab dem Sommersemester 2007. Die Hochschulen werden durch Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester effektiv 180 Mio. Euro im Jahr einnehmen – bei einem Gesamtbudget von zwei Milliarden Euro entspricht das neun Prozent. Unsere Hochschulen benötigen dieses Geld, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Außerdem tragen Studiengebühren dazu bei, dass an und zwischen den Hochschulen ein Qualitätswettbewerb um die beste Lehre entsteht. Am meisten profitieren von diesem Wettbewerb die Studierenden.

Hochschulgebühren sind sozial gerecht. Im Vergleich mit anderen Erwerbstätigen haben Akademiker ein wesentlich niedrigeres Arbeitslosigkeitsrisiko und eine deutlich höhere Erwerbserwartung. Deshalb sollten sie auch in maßvoller Weise an den Kosten ihrer Ausbildung beteiligt werden. Es ist sozial gerecht, wenn den Hochschulabsolventen, die Erfolg im Beruf haben, ein solidarischer Beitrag für die Verbesserung der Studienbedingungen abverlangt wird. Dagegen ist es ungerecht, wenn ein Handwerker für seine Meisterausbildung zwischen 12.000 und 20.000 Euro bezahlen und unter Umständen einen erheblichen Verdienstaufschlag hinnehmen muss, während eine akademische Ausbildung bisher kostenlos ist.

Die Einnahmen aus den Studiengebühren dürfen nur für die Verbesserung der Lehre und des Studiums verwendet werden. Ein sozialverträgliches Kreditmodell stellt sicher, dass die Rückzahlung der Studiengebühren erst nach Abschluss des Studiums und beim Überschreiten einer bestimmten Einkommensgrenze fällig wird. Auf diese Weise gewährleisten wir, dass die Hochschulen auch in Zukunft allen Studierwilligen offen stehen. Niemand wird in Baden-Württemberg wegen seiner finanziellen oder sozialen Situation vom Studium ausgeschlossen. Zukunft hängt bei uns nicht von der Herkunft ab! Gerade Kindern aus bildungsfernen Schichten wollen wir den Weg zu einem Hochschulstudium ebnen. Deshalb werben wir für die Bereitstellung von Stipendien für begabte Schüler, Schülerinnen, Studenten und Studentinnen.

Baden-Württemberg: theoretisch spitze, praktisch unschlagbar

Der Erfolg der baden-württembergischen Hochschulen liegt zu einem großen Teil in ihrer Praxisorientierung begründet. So ist die Berufsakademie in Baden-Württemberg ein Erfolgsmodell, das inzwischen im europäischen Ausland, in Südamerika und Asien Nachahmer findet. Ihren Erfolg verdankt die Berufsakademie nicht nur einem hoch motivierten Lehrpersonal, sondern auch der engen Kooperation mit der Wirtschaft, die dazu beiträgt, dass die Studierenden marktgerecht ausgebildet werden und nach ihrem Abschluss hervorragende Berufschancen haben.

Die CDU setzt sich dafür ein, an den Berufsakademien Studienplätze in der von der Wirtschaft gewünschten Zahl bereitzustellen. Unser Ziel ist es, dass auch weiterhin kein Bewerber, der einen Ausbildungsplatz in einem Unternehmen vorweisen kann, abgelehnt wird. Gerade vor dem Hintergrund der stark steigenden Zahl an Studienberechtigten ist die CDU bereit, gemeinsam mit der Wirtschaft die Ausbildungskapazitäten der Berufsakademien noch weiter auszubauen.

Um die Durchlässigkeit der Ausbildungswege zu erhöhen, hat die CDU den Meisterbrief und vergleichbare berufliche Qualifikationen mit der Hochschulzugangsberechtigung für fachverwandte Studiengänge gleichgestellt. Für andere Studiengänge ist der Zugang nach Ablegen einer Eignungsprüfung eröffnet.

Baden-Württemberg: Bei uns ist die Zukunft zu Hause

3,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden in Baden-Württemberg für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Das ist ein internationaler Spitzenwert. Etwa 11 Prozent des Landeshaushaltes entfallen auf den Bereich des Wissenschaftsministeriums – mehr als in jedem anderen Bundesland. Jeder Euro, den die öffentliche Hand in Baden-Württemberg für Forschung und Entwicklung ausgibt, zieht private Investitionen in Höhe von 3,76 Euro nach sich.

Die CDU bekennt sich zu dieser Schwerpunktsetzung im Forschungsbereich. Die Investitionen, die hier getätigt werden, sind Voraussetzung für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit im High-Tech-Bereich. Das Geld, das wir heute hier investieren, ist die Grundlage für unseren Erfolg von morgen.



In den letzten Jahren hat das Land die Bildung von regionalen Vernetzungen zwischen Forschung und Anwendung in den zentralen Schlüsseltechnologien vorangetrieben (Clusterbildung). Sonderprogramme von insgesamt rund 130 Millionen Euro wurden für den Ausbau des Fachs Informatik und der Informationstechnologie/Unternehmenssoftware aufgelegt; 29 Millionen Euro flossen mit der „Offensive Biotechnologie“ in die Förderung der lebenswissenschaftlichen Forschung. Für die Installation eines neuen Höchstleistungsrechners in Stuttgart und Karlsruhe wurden insgesamt 60 Millionen Euro investiert.

Wir müssen uns heute schon auf die Schlüsseltechnologien von morgen vorbereiten. Deshalb setzen wir in der Forschungspolitik strategische Schwerpunkte auf zukunftsträchtigen Feldern, wie etwa der Mikrosystemtechnik und den Nanowissenschaften, den Life Sciences, der Medizin- und Verfahrenstechnik, der Energie- und Informationstechnik und in den optischen Technologien. Auf diesen und anderen Gebieten werden wir die Entwicklung von Clustern, Kompetenzzentren und Kompetenznetzwerken weiter vorantreiben. Wichtig ist dabei eine enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

Im Mittelpunkt der kommenden Legislaturperiode steht vor allem der Ausbau der Forschungsinfrastruktur im Bereich der Neuen Materialien. Insgesamt stehen dafür 57 Millionen Euro zur Verfügung. Ziel ist es, einen landesweiten Cluster „Neue Materialien“ mit international wettbewerbsfähigen Kompetenzzentren aufzubauen.

Baden-Württemberg: ein Land im Wettbewerb um die besten Köpfe

Für hoch qualifizierte Wissenschaftler ist Deutschland zum Auswanderungsland geworden. Das ist nicht zuletzt auch das Ergebnis der fortschrittsfeindlichen Politik der rot-grünen Bundesregierung und einer Überreglementierung aller Lebensbereiche. Baden-Württemberg hat durch sein neues Hochschulgesetz den rechtlichen Rahmen dafür geschaffen, dass den Eliten an unseren Universitäten attraktive Perspektiven geboten werden.

Trotzdem sind die Zahlen des so genannten „Brain Drain“ alarmierend: Jeder siebte Student, der in Deutschland promoviert, wandert in die Vereinigten Staaten aus. 30 Prozent von ihnen bleiben auf Dauer. 20.000 deutsche Nachwuchsforscher arbeiten derzeit in den USA. Vor allem Naturwissenschaftler und Ingenieure, aber auch Juristen und Wirtschaftswissenschaftler zieht es über den Atlantik. Drei von vier Nobelpreisträgern deutscher Herkunft haben ihre Karriere in den USA gemacht. Für Deutschland hat das schwerwiegende Konsequenzen: Der Exodus der kreativen Köpfe schwächt unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit auf allen Gebieten.

Unser Ziel muss es sein, attraktive Rahmenbedingungen für Spitzenwissenschaftler zu schaffen. Die CDU hat sich deshalb für das Programm „Struktur- und Innovationsfonds für die Forschung“ eingesetzt. Mit einem Volumen von 36 Mio. Euro soll dieses Programm dazu beitragen, dass an den Hochschulen des Landes Top-Wissenschaftler – und insbesondere auch Wissenschaftlerinnen – berufen werden können.



Das Kinderland

Die größten Entdecker sind unsere Kinder. Kinder sehen unsere Welt mit anderen Augen. Wo Kinder sind, ist Zukunft. Kinder sind der größte Reichtum unseres Landes. Kinder benötigen Geborgenheit und Schutz, Verlässlichkeit und Sicherheit. Sie wollen in ihrer Neugier und ihrem Wissensdurst ernst genommen werden. Kinder haben ein Recht auf Liebe und Zuwendung ihrer Eltern. Sie brauchen eine umfassende Bildung, die ihnen gute Startbedingungen für ihren weiteren Lebensweg bietet. Kinder brauchen Vorbilder, an denen sie sich orientieren können.

Wir wollen, dass unsere Kinder sich zu starken Persönlichkeiten entwickeln. Zu den wichtigsten Aufgaben von Elternhaus, Gesellschaft und Schule gehört dabei die Vermittlung von Werten, Orientierungsvermögen und Urteilskraft. Angesichts der Bedeutung der Medien für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben halten wir es für unverzichtbar, dass Kinder zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den Medien erzogen werden. In einer Wissens- und Informationsgesellschaft ist Medienkompetenz eine unverzichtbare Schlüsselqualifikation.

Die CDU Baden-Württemberg steht für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft. Wir orientieren uns nicht an ideologischen Vorbehalten, sondern an den Wünschen und Sorgen der Familien. Ein Grundpfeiler unserer Politik für Kinder und Familien ist und bleibt die Wahlfreiheit. Die Erziehung und Betreuung von Kindern ist an erster Stelle das Recht und die Pflicht der Eltern. Wir wollen ihnen für diese Aufgabe, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, auch in Zukunft unsere volle Unterstützung zusagen. Dazu gehört für uns auch die Stärkung der Elternkompetenz. Familien- und Bildungspolitik sind für uns Aufgaben, die sich letztlich in allen Politikbereichen stellen. Dabei gilt für uns: Unsere Kinder sind das Beste, was wir haben. Darum verstehen wir unsere Familienpolitik immer auch als Beitrag zum Schutz ungeborener Kinder. Unser Ziel bleibt die nachhaltige Verringerung der Abtreibungen in unserem Land.

Als einziges Bundesland hat Baden-Württemberg einen Geburtenüberschuss. Dies spricht für die hohe Lebensqualität und das familienfreundliche Klima in unserem Land. Dennoch müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland insgesamt in den letzten Jahrzehnten in eine demografische Schieflage geraten ist: Unsere Gesellschaft schrumpft – und gleichzeitig altert sie. Dieser Prozess hat vielfältige Auswirkungen: auf den Generationenvertrag und die sozialen Sicherungssysteme, auf das Wachstumsvermögen unserer Wirtschaft und

das Innovationspotenzial unserer Gesellschaft. Deutschland braucht wieder mehr Kinder. Deutschland braucht wieder mehr Eltern.

Ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung für ein Kind ist Sicherheit: Junge Paare wünschen sich, dass ihre Kinder in einer stabilen Partnerschaft und in gesicherten materiellen Verhältnissen aufwachsen. Viele Frauen möchten ihren Beruf auch nach der Geburt eines Kindes weiter ausüben. Darüber hinaus sind viele Familien auch aus finanziellen Gründen darauf angewiesen, dass beide Elternteile erwerbstätig sind. Deshalb ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter wie für Väter der Schlüssel zu einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft. Aber auch Frauen und Männer, die sich vorwiegend der Erziehung ihrer Kinder widmen und dafür zumindest phasenweise auf Erwerbsarbeit verzichten, verdienen dieselbe Anerkennung wie Eltern, die einer Erwerbsarbeit nachgehen. Wir halten es für falsch, berufstätige Frauen oder Männer und Hausfrauen oder -männer gegeneinander auszuspielen. Nach wie vor gilt: Die Eltern sollen entscheiden, welche Form der Erziehung für ihre Kinder am besten ist; dies ist nicht Sache staatlicher Stellen oder politischer Bevormundung.

In Baden-Württemberg gelingt die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf besser als in den meisten anderen Bundesländern. Dies zeigt die Tatsache, dass wir einen Geburtenüberschuss und gleichzeitig auch die höchste Frauenerwerbsquote bundesweit haben. Die CDU ist stolz auf diesen Erfolg unserer familienbewussten Politik, die wir in Zukunft gemeinsam mit Kommunen und Wirtschaft weiter entwickeln werden. Dazu gehört für uns der flächendeckende und bedarfsgerechte Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder aller Altersgruppen.

Wir wollen, dass Familien auch weiterhin die Möglichkeit haben, Wohneigentum zu erwerben. Die Politik muss nach dem Wegfall der Eigenheimzulage ein neues Konzept entwickeln, das es einkommensschwachen Familien ermöglicht, den Traum von den eigenen vier Wänden zu verwirklichen.

Bildung und Betreuung

Bildung und Betreuung gehören zusammen. Kinder wollen ihre Umwelt entdecken. Kindliche Neugier ist keine Frage des Einschulungsalters. Und Wissensdurst versiegt, wenn er nicht früh genug gestillt wird. Deshalb gehören altersangepasste Lernangebote für alle Sinne, die Entwicklung des Sprechens und das soziale Miteinander zu einem zeitgemäßen



Kindergarten. Eine gute Frühförderung schafft die besten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schulbesuch. Diese enge Verknüpfung von Bildung, Betreuung und Familienförderung ist ein Kernelement des Projekts „Kinderland Baden-Württemberg“, das von der CDU-geführten Landesregierung initiiert wurde und das wir auch in der neuen Legislaturperiode fortschreiben wollen.

Mit dem Anfang 2002 verabschiedeten Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ wurde die Kinderbetreuung bedarfsgerecht und flexibel weiterentwickelt und ausgebaut. Mit dem „Orientierungsplan für frühkindliche Bildung und Erziehung“ hat die Landesregierung in der letzten Legislaturperiode ein Konzept für die altersgerechte Gestaltung frühkindlicher Bildungsprozesse vorgelegt.

Eine intensive frühkindliche Bildung sorgt dafür, dass Defizite frühzeitig erkannt und durch gezielte Förderung behoben werden können. Untersuchungen zeigen, dass rund 20 Prozent der Kinder beim Übertritt vom Kindergarten in die Grundschule erhebliche Entwicklungsdefizite haben. Im Rahmen des Projekts „Schulreifes Kind“ setzen wir uns dafür ein, dass die Schulreife von Kindern während des letzten Kindergartenjahres durch gezielte Fördermaßnahmen verbessert wird. Wir wollen, dass jedes Kind, das eingeschult wird, die erforderlichen Voraussetzungen für den Schulbesuch mitbringt und insbesondere die deutsche Sprache beherrscht. Dies bedeutet im Zweifelsfall auch, dass Eltern dazu verpflichtet werden müssen, ihre Kinder an solchen Fördermaßnahmen teilnehmen zu lassen. Wir wollen prüfen, ob und wie ein für alle Kinder verpflichtendes letztes Kindergartenjahr uns diesem Ziel näher bringen kann.

PISA bei uns – Wir bringen die Dinge ins Lot

Die verschiedenen Bildungs- und Leistungsstudien der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg mit ihren Fähigkeiten zu den Besten in Deutschland gehören. Verglichen mit den meisten anderen deutschen Bundesländern sind die Schulen in Baden-Württemberg Spitze. Im internationalen Vergleich steht Baden-Württemberg auf einem guten Platz in der oberen Tabellenhälfte. Bei den Gymnasien gehören wir auch international zur Spitzengruppe. Die Qualität und die langfristige Orientierung unserer Bildungspolitik zahlen sich aus!

Die CDU wird diesen erfolgreichen Kurs weiter fortsetzen. Wir setzen uns für eine Schule ein, in der Leistungsorientierung und Chancengerechtigkeit kein Widerspruch sind. Wir

bekennen uns zu unserem bewährten gegliederten Schulsystem mit einer Vielfalt an Bildungswegen, die den Aufstieg auf unterschiedlichen Wegen ermöglichen. Unabhängig von der Schule, für die sich ein Kind nach der vierten Klasse entscheidet, hat es in Baden-Württemberg aufgrund der vielfältigen Schulangebote die Möglichkeit, bei entsprechender Begabung die Hochschulreife oder den mittleren Bildungsabschluss zu erwerben. Bei uns gibt es keinen Abschluss ohne Anschluss.

Kinder lernen unterschiedlich schnell und haben unterschiedliche Begabungen. Sie brauchen keine pädagogische Gleichmacherei, sondern differenzierte Lern- und Bildungsangebote, die es ihnen ermöglichen, ihren eigenen Weg zu finden. Deshalb wird es mit uns auch in Zukunft keine Gesamtschulen in Baden-Württemberg geben. Vergleichsstudien zeigen: Gesamtschulsysteme in anderen Bundesländern sind gescheitert. Ideologische Experimente auf Kosten unserer Kinder lehnen wir entschieden ab.

Sicherung der Unterrichtsversorgung

Durch die Bereitstellung von 5.500 Lehrerstellen konnte auch in Zeiten steigender Schülerzahlen die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau stabilisiert werden. Eine fest installierte „Lehrerreserve“ hilft uns, Engpässe aufzufangen. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung hat für uns auch in Zukunft höchste Priorität.

Aufgrund der Schülerentwicklung rechnerisch frei werdende Lehrerstellen werden für bildungspolitische Maßnahmen, vor allem für die frühkindliche Bildung, für den Ausbau der Ganztagschulen und für den Aufbau einer Qualitätssicherung benötigt.

Unsere Schulen – fit für die Zukunft

Bei der Reform der Lehr- und Lernkonzepte, wie sie von Wissenschaft und Wirtschaft gefordert wird, hat Baden-Württemberg bundesweit eine Vorreiterrolle. Unsere neuen Bildungspläne beschreiben, über welche Fähigkeiten und Kenntnisse Schülerinnen und Schüler am Ende eines bestimmten Bildungsabschnitts verfügen müssen. Gleichzeitig eröffnen die Bildungspläne Gestaltungsspielräume für die Entwicklung eigener Schulcurricula. Diese Profilbildung stärkt die Vielfalt unserer Bildungslandschaft und den Wettbewerb zwischen den Schulen – und verbessert damit letztlich die Qualität des Unterrichts und die Auswahlmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler. Wir setzen uns dafür ein, dass die begonnenen Qualitätsentwicklungsprozesse in allen Schulformen durch neue Methoden der Selbst- und Fremdevaluation fortgeführt werden.



Wir wollen die Eigenständigkeit unserer Schulen weiter stärken und ihnen beispielsweise ein höheres Maß an Personalverantwortung übertragen. Schulen sollen entscheiden können, ob sie einen Teil ihrer Lehrerstellen nicht besetzen und dadurch Spielräume im Bereich eines selbst verantworteten Personalbudgets gewinnen ('Mittel statt Stellen'). Darüber hinaus fordern wir eine Flexibilisierung des öffentlichen Dienstrechts, das sich stärker an Leistungskriterien orientieren muss. Wir begrüßen, dass auf Beschluss der Schulkonferenz für Schüler eine einheitliche Schulkleidung eingeführt werden kann und ermuntern die Schulen dazu, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. In der kommenden Legislaturperiode streben wir ein Landesgesetz an, das ein Rauchverbot an allen baden-württembergischen Schulen vorsieht.

Durch das Konzept „Schulanfang auf neuen Wegen“, das bundesweit Vorbildcharakter hat, ist es gelungen, das Einschulungsalter deutlich zu senken und insgesamt flexibler zu gestalten. Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg zum Schuljahreswechsel 2003/2004 flächendeckend den Fremdsprachenunterricht ab der ersten Klasse eingeführt. Damit stärken wir die Kompetenzen unserer Kinder in einer globalen Welt. Und zugleich eröffnen wir ihnen bereits in einer frühen Phase einen spielerischen Zugang zum Lernen von Sprachen.

Mit Beginn des letzten Schuljahres wurde in Baden-Württemberg flächendeckend das achtjährige Gymnasium eingeführt. Zusammen mit dem „Schulanfang auf neuen Wegen“ leistet das „G8“ einen wichtigen Beitrag dazu, dass junge Menschen früher einen Beruf ergreifen und auf eigenen Beinen stehen können. Diese Verlängerung der Lebensarbeitszeit trägt auch zur Entlastung der sozialen Sicherungssysteme bei.

Die Entscheidung für „G8“ war richtig, damit unsere Abiturientinnen und Abiturienten im nationalen und internationalen Vergleich mithalten können. Kritische Stimmen nehmen wir ernst, aber wir werden das Rad nicht zurückdrehen. Zu Beginn des Schuljahres 2004/2005 haben wir mit den neuen Bildungsplänen einen Paradigmenwechsel an unseren Schulen eingeleitet. Die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern haben diese große Herausforderung angenommen. Sie befinden sich in einem Entwicklungsprozess, von dem wir überzeugt sind, dass er unsere Schulen nach vorne bringen und die Startchancen der jungen Menschen in Studium und Beruf verbessern wird.

Wir lassen die Schule im Dorf. Weil wir um die Bedeutung des Ländlichen Raumes wissen; weil Heimat und Nachbarschaft keine leeren Floskeln für uns sind, setzen wir uns für den Erhalt kleiner und wohnortnaher Schulen ein.

Ganztagsschule und Jugendbegleiter – mehr Zeit für Kinder und Jugendliche

Zu den Schwerpunkten unserer Bildungs- und Familienpolitik gehört der weitere flächendeckende und bedarfsgerechte Ausbau der Ganztagschule. Unser Ziel ist es, dass jede Familie, die dies wünscht, in erreichbarer Nähe zu ihrem Wohnort eine Ganztagschule in der jeweils angestrebten Schulform findet. Gemeinsam mit den Kommunen hat die Landesregierung hierfür in den letzten Monaten die Weichen gestellt. Um die baulichen Voraussetzungen für die Einrichtung neuer Ganztagschulen zu schaffen, haben Kommunen und Land ein Schulhausbauförderprogramm mit einem Volumen von einer Milliarde Euro aufgelegt – eine gute Investition in die Zukunft unserer Kinder! Wo es fertige Planungen gibt, sollen diese schnell und unbürokratisch umgesetzt werden. Die Ausweitung des Angebots an Ganztagschulen wird auch neue Anforderungen an die Lehrerbildung stellen, die pädagogische Kompetenzen entsprechend stärken muss.

Ganztagschulen sind für uns mehr als Halbtagschulen mit Nachmittagsbetreuung. Sie haben ein eigenständiges pädagogisches Profil. Besonderen pädagogischen und sozialen Aufgabenstellungen wird in Schulen mit gebundenem Konzept entsprochen. Eine wichtige Rolle spielt der Einsatz von ehrenamtlichen Jugendbegleitern: Wir setzen uns dafür ein, dass Vereine, Kirchen und Verbände sowie interessierte Einzelpersonen sich auf ehrenamtlicher Basis an der Nachmittagsbetreuung beteiligen. Nach unserer Überzeugung ist die Bildung junger Menschen eine Aufgabe, für die nicht nur der Staat, sondern die gesamte Gesellschaft Verantwortung trägt. Deshalb wollen wir alle gesellschaftlichen Gruppen an der Ganztagsbetreuung beteiligen. Unsere Ganztagschulen sollen ein Ort der Begegnung sein: zwischen den Lebenswelten von Kindern und Erwachsenen, zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen, zwischen Schule und Gesellschaft.

Berufliche Bildung – Unser Bildungsziel ist das Leben

Wir wollen jungen Menschen gute Startvoraussetzungen für ihren Lebensweg und ihren Beruf geben. Das gilt für angehende Akademiker genauso wie für Jugendliche, die nach der Schule eine Berufsausbildung anstreben. Von besonderer Bedeutung sind dabei die



Gelenkstellen zwischen Kindergarten und Schule, zwischen Schule und Hochschule sowie zwischen Schule und Berufswelt. Mit den beruflichen Gymnasien und den Berufsakademien verfügen wir in Baden-Württemberg über zwei hervorragende Instrumente, die eine enge Verknüpfung zwischen theoretischer Ausbildung und beruflicher Praxis gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass das wirtschaftliche und technische Grundverständnis junger Menschen bereits in der Schule geweckt und gefördert wird.

Wir wollen, dass alle jungen Menschen in Baden-Württemberg am Ende ihrer Schullaufbahn über die erforderliche Ausbildungsreife verfügen, um einen Beruf ergreifen zu können. In enger Abstimmung mit der Wirtschaft hat die Landesregierung zahlreiche Initiativen ergriffen, um angesichts der angespannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt allen Jugendlichen die Chance auf einen erfolgreichen Übergang von der Schule in die Arbeitswelt zu eröffnen. Beispielhaft seien hier nur erwähnt: das Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung, die Ausweitung des Praxisbezugs Hauptschule, der Ausbau der Kooperationsklassen Hauptschule-Berufsvorbereitungsjahr, die Erprobung von Teilqualifikationen im Berufsvorbereitungsjahr sowie die Fortführung des Projekts Jugendberufshelfer sowie die Werkrealschulen.

Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zu den bewährten Formen der dualen Berufsausbildung, in der die gemeinsame Verantwortung von Wirtschaft und Staat für die Ausbildung junger Menschen zum Ausdruck kommt. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Qualität der beruflichen Schulen. Immer mehr Jugendliche entscheiden sich aus verschiedenen Gründen für eine schulische Ausbildung. Damit die duale Ausbildung ihren Stellenwert innerhalb des Berufsbildungssystems beibehalten kann, muss sie zu einem wettbewerbsfähigen Bildungsweg weiterentwickelt werden.

Differenzieren statt nivellieren: Förderung für Benachteiligte und für Hochbegabte

Für unsere Gesellschaft ist jedes Kind gleich wichtig. Wir setzen uns besonders für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf ein. In Baden-Württemberg verlassen 6,7 Prozent der Hauptschüler eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss; der Bundesdurchschnitt liegt mit 11,6 Prozent fast doppelt so hoch. Wir geben uns damit nicht zufrieden: Mit fünf Mio. Euro aus Mitteln der Zukunftsoffensive IV wollen wir in den kommenden vier Jahren ein ergänzendes Unterstützungssystem installieren, durch das die Chancen benachteiligter Jugendlicher auf berufliche Integration verbessert und die Zahl der Ausbildungsabbrüche gesenkt werden.

Genauso wichtig ist uns aber auch die Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher. Zu Beginn des letzten Schuljahres wurde in Schwäbisch Gmünd ein Gymnasium eröffnet, das sich speziell dieser Gruppe widmet. Wir werden dieses System der Begabtenförderung in Zukunft Schritt für Schritt weiter ausbauen und setzen uns dafür ein, dass auch in anderen Landesteilen für Hochbegabte Förderangebote geschaffen werden.

Unsere Gesellschaft braucht beides: die Förderung schwächerer Schüler und eine forcierte Elitenbildung. Die CDU Baden-Württemberg verwahrt sich gegen jeden Versuch, das eine gegen das andere auszuspielen. Unsere Bildungspolitik steht nicht für Nivellierung, sondern für eine leistungsgerechte Differenzierung, die jedem Kind hilft, seine Chancen optimal verwirklichen zu können.



Das Wohlfühliland

Baden-Württemberg ist ein Land mit einer hohen Lebensqualität. Umfragen bestätigen immer wieder: Nirgendwo sonst in Deutschland fühlen die Menschen sich in ihrem Lebensumfeld in Stadt und Land so wohl wie bei uns in Baden-Württemberg. Diese Lebensqualität hat viele Faktoren: eine intakte Natur, ein hervorragendes Gesundheitssystem, ein gutes Miteinander der Generationen und der Kulturen, einen wirksamen Verbraucherschutz, ein hohes Maß an innerer Sicherheit, ausgezeichnete Bildungseinrichtungen, eine gute Infrastruktur, sichere Arbeitsplätze. Und schließlich gehören zu einem attraktiven Lebensumfeld auch Hilfsangebote für die Sorgenfälle des Lebens, wenn Menschen krank werden, wenn sie Pflege und Zuwendung brauchen. Das Bild Baden-Württembergs wird bestimmt von landwirtschaftlich geprägten Regionen, aber auch von seinen urbanen Ballungszentren. Die Großstädte sind traditionell Motoren des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens im Land. Sie zeichnen sich aus durch ein fruchtbares Spannungsverhältnis zwischen gewachsenen Traditionen und einer großen Offenheit für Neues. Dieser urbane Lebensstil stellt eine Bereicherung für unser Land dar.

Der Ländliche Raum – das starke Rückgrat Baden-Württembergs

Eine entscheidende Stärke Baden-Württembergs ist die Vielfalt seiner Landschaften, seine dezentrale Siedlungs-, Wirtschafts- und Bildungsstruktur. Daraus erwächst das große Zukunftspotenzial unseres Landes.

Der Ländliche Raum hat in den vergangenen 50 Jahren einen enormen strukturellen Wandel bewältigt, der weiter andauert. Wo die Landschaft in den 1950er Jahren noch fast ausschließlich agrarisch geprägt war, sind moderne, starke Regionen mit hoher Wirtschaftskraft entstanden. Der verschärfte Standortwettbewerb wie auch die demografische Entwicklung mit all ihren Folgen verlangen aber gerade in den kommenden Jahren eine verstärkte Begleitung und Unterstützung des Ländlichen Raumes durch die Landespolitik.

Die CDU Baden-Württemberg hat es sich zum Ziel gesetzt, Ländliche Räume als Wohn- und Arbeitsstätten auch für junge Menschen attraktiv zu erhalten, die Grundversorgung in diesen Regionen zu sichern und den Ausbau der Infrastruktur im Ländlichen Raum weiter voranzubringen. Straßen, Schienen und Datennetze sind die wirtschaftlichen „Lebensadern“ des Ländlichen Raumes. Unverzichtbar ist die Grundversorgung des Ländlichen Raumes mit wohnortnahen Schulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen, mit Postdienstleistungen, Banken, Telekommunikation, mit medizinischer Versorgung,

Einzelhandel, Gastronomie und sozialen Einrichtungen sowie mit Orten zur Pflege des Sports, der Kultur und des menschlichen Miteinanders in Vereinen und Gemeinschaftseinrichtungen.

Vor allem im Bereich Telekommunikation machen wir uns nachdrücklich dafür stark, dass DSL-Verbindungen schrittweise in allen Gemeinden unseres Landes ermöglicht werden.

Wichtiges Instrument des Landes für die weitere Strukturverbesserung im Ländlichen Raum ist das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, das mit seinen Förderschwerpunkten Arbeiten, Grundversorgung, Gemeinschaftseinrichtungen und Wohnen eine integrierte und ganzheitliche Entwicklung ländlich geprägter Orte unterstützt. Wir wollen dieses Programm fortführen und darüber hinaus die interkommunale Zusammenarbeit weiterentwickeln, auch um bei knapper werdenden Finanzmitteln gemeinsam wichtige Infrastruktureinrichtungen sichern zu können. Fortführen wollen wir auch die Programme der städtebaulichen Erneuerung. Durch sie werden baulich vorgenutzte Bestandsgebiete den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse angepasst. Sie sichern und verbessern Infrastruktur, Funktionsfähigkeit und Erscheinungsbild der Städte und Gemeinden, führen durch die Neu- und Umnutzung von Brachflächen zu einem sparsamen Umgang mit Grund und Boden und unterstützen die energetische Modernisierung des Wohnungsbestandes. Als Teil einer aktiven Strukturpolitik zur funktionalen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Ländlichen Raums und städtisch geprägter Landesteile löst die kommunalfreundlich ausgestaltete Städtebauförderung zugleich erhebliche beschäftigungsstabilisierende konjunkturelle Impulse für das mittelständisch geprägte Bau- und Ausbaugewerbe aus.

Umwelt- und Naturschutz: Wir gehen sorgsam mit unseren Lebensgrundlagen um

Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir lieben unsere Heimat. Deshalb ist die Erhaltung der Umwelt und der reichen Kulturlandschaften unseres Landes eine Verpflichtung für uns. Wir wollen die Schöpfung bewahren, damit unsere Kinder in einer intakten Umwelt leben und ihre natürlichen Ressourcen nutzen können. Unsere Umweltpolitik ist auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Deshalb betreiben wir Umweltschutz gemeinsam mit den Menschen und der Wirtschaft – und nicht gegen sie.

Der pflegliche Umgang mit der Natur ist eine Aufgabe für jeden Einzelnen von uns. Wir wollen den Naturschutz in Partnerschaft mit Kommunen sowie mit Land- und Forstwirten



und Landnutzern weiter voranbringen und das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 im Land verwirklichen. Dieses sichert nicht nur Lebensräume für Tiere und Pflanzen, sondern auch Erlebnis- und Erholungsmöglichkeiten für die Menschen und erhöht damit auch die Standortqualität unseres Landes im internationalen Wettbewerb. Der Vertragsnaturschutz ist dabei ein effizientes Instrument, um ganz im Sinne der Maxime „Schützen durch Nützen“ Naturschutz im Einklang mit Mensch und Natur umzusetzen. Die CDU setzt sich für die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel im Rahmen der finanzpolitischen Spielräume ein.

Gemeinsam mit den Kommunen soll der Flächenverbrauch in den kommenden Jahren verstärkt und zielgerichtet weiter zurückgeführt werden. Das „Modellprojekt zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potentials (MELAP)“ ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Mit den hieraus gewonnenen Erkenntnissen soll das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum weiterentwickelt werden.

Wir wollen die Verzahnung des Naturschutzes mit der regionalen Landwirtschaft und der Wirtschaft weiter verbessern sowie den Dialog zwischen Naturschutz, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wirtschaft und Kommunen intensivieren. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, aus dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen ein Biosphärengebiet zu schaffen.

Im Jahr 2000 hat die Landesregierung einen Umweltplan mit einem verbindlichen Zielkatalog verabschiedet. Auf dieser Grundlage konnten wir große Erfolge bei der Bekämpfung von Luftschadstoffen und bei der Gewässerreinigung erzielen. Die CDU spricht sich für die Beibehaltung und die Weiterentwicklung dieses Landesumweltplanes zu einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie aus. Eine Strategie, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange gleichermaßen berücksichtigt und einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen sowie zwischen den Generationen anstrebt.

Zu den größten ökologischen Herausforderungen gehört der Klimawandel. Mit dem „Klimaschutzkonzept 2010“ hat die Landesregierung eine Reihe von ehrgeizigen Schutzmaßnahmen formuliert, die den Ausstoß des klimaschädigenden Treibhausgases CO₂ in Baden-Württemberg um zwei bis vier Millionen Tonnen jährlich reduzieren sollen. Die Schwerpunkte für Klimaschutzmaßnahmen konzentrieren sich auf Bereiche wie Gebäudesanierung, umweltfreundliche Mobilität, Energieeffizienz und Energieeinsparung, Ausbau erneuerbarer Energien sowie Zukunft der Kraft-Wärme-Kopplung.

Die begrenzte Verfügbarkeit von Ressourcen stellt uns vor weitere umwelt- und wirtschaftspolitische Herausforderungen. Uns ist es gelungen, in vielen Feldern das wirtschaftliche Wachstum zu steigern und dennoch die Umweltbelastungen zu verringern. Ressourcen zu schonen und mit ihnen effizient umzugehen, ist und bleibt der CDU ein sehr wichtiges Anliegen. Das gilt auch für die Reduzierung der zunehmenden Flächeninanspruchnahme. Ungebremstes Flächenwachstum und falsch geplante Siedlungsinfrastrukturen verschlingen nicht nur unnötig viel Geld, sondern gefährden den Lebensraum zahlreicher Tiere und Pflanzen und engen die Spielräume künftiger Generationen ein. Mit dem Aktionsbündnis „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“ unterstützt die CDU-geführte Landesregierung die Bemühungen vieler Kommunen, der Entwicklung der Innenstädte den Vorrang vor einer Ausweisung von Neubaugebieten zu geben. Bei der Verringerung des Flächenverbrauchs nimmt Baden-Württemberg unter den Flächenländern in Deutschland die Vorreiterrolle ein. Da jedoch weiterhin täglich ca. 9 Hektar verbraucht werden, bedarf es weiterer Anstrengungen auf diesem Gebiet. Wir setzen uns dafür ein, dass bis zum Jahr 2011 der tägliche Flächenverbrauch von 8,8 ha spürbar reduziert wird.

Die Luftqualität hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert: Die Feinstaubkonzentration hat sich von 1994 bis 2002 um insgesamt 23 Prozent (bei den verkehrsbezogenen Emissionen sogar um 43 Prozent) und die Stickoxidbelastung um 26 Prozent (beim Verkehr um 36 Prozent) verringert. Dennoch müssen wir weitere Anstrengungen unternehmen, um die von der EU gesetzten Grenzwerte für diese Schadstoffe zu erreichen.

Ebenso setzen wir uns für die Bekämpfung der Lärmbelastungen der Bevölkerung ein. Hier haben wir mit dem Lärminderungsplan Filder erste Schritte unternommen. Diese wollen wir konsequent fortsetzen. So werden im nächsten Jahr landesweit besonders belastete Gebiete ermittelt und in Karten dargestellt, um gezielt dort mit Maßnahmen ansetzen zu können, wo die höchsten Belastungen bestehen.

Zu einer modernen Umweltpolitik gehört auch die Reinhaltung der Gewässer. Wasser ist die Quelle des Lebens und darüber hinaus das wichtigste Lebensmittel. Unsere Erfolge bei der Gewässerreinigung sind enorm: Die Wasserqualität unserer Flüsse und Seen hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Die Investitionen von Land und Kommunen sowie der Industrie zahlen sich aus. Die Schadstoffbelastung des Bodensees, der als größter Trinkwasserspeicher im Land, als Erholungsraum und Fischereigewässer dient, konnte im Vergleich zu den 1970er Jahren um bis zu 90 Prozent reduziert werden. Trotz der viel-



fältigen Nutzungen entwickelt sich der See wieder zu einem ökologisch guten und stabilen Gewässer. Auch die Belastung durch Schwermetalle im Neckar konnte um 90 Prozent reduziert werden. In den ehemals hoch belasteten Rhein sind die Lachse zurückgekehrt. Dort, wo es weiterhin erforderlich ist, werden auch künftig mit abgestimmten Maßnahmen Schadstoffeinträge in die Oberflächengewässer und das Grundwasser weiter vermindert. Unser Ziel ist die Schaffung eines umfassenden, guten Gewässerzustandes.

Eine vorrangige Aufgabe ist für die CDU der Hochwasserschutz. Hochwasser bedroht Leib und Leben, kann Eigentum zerstören und Menschen wirtschaftlich ruinieren. Wir wollen deshalb die erfolgreiche Hochwasserstrategie des Landes fortsetzen und partnerschaftlich den Hochwassergefahren begegnen. Auf Initiative des Landes haben sich bereits erste Partnerschaften gebildet, in denen Erfahrungen im Hochwassermanagement ausgetauscht werden. In einem Gemeinschaftsprojekt zwischen Land und Kommunen werden wir bis 2010 Hochwassergefahrenkarten für das ganze Land erstellen. Neben dem technischen Hochwasserschutz tragen diese wesentlich zu einer Verbesserung der Hochwasservorsorge bei. Für Baumaßnahmen im Hochwasserschutz hat die Landesregierung in der letzten Legislaturperiode insgesamt rund 270 Millionen Euro aufgewendet. Im Nachtragshaushalt 2006 konnten die Mittel für den Hochwasserschutz von 23 auf 29 Millionen Euro erhöht werden. Diesen Einsatz wollen wir verstetigen.

Gute Gastgeber aus Tradition: Urlaubsland Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist ein attraktives Reiseziel. In seiner regionalen und kulturellen Vielfalt hat es viel zu bieten – auf dem Land genauso wie in der Stadt. Der Tourismus ist einer der bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren des Landes. Mit rund 16 Milliarden Euro direkten und indirekten Umsätzen, über 200.000 Beschäftigten und ca. 38 Millionen Übernachtungen erwirtschaftet der Tourismus rund acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts von Baden-Württemberg.

In der Politik der CDU-Landesregierung hat der Tourismus als wichtiger eigenständiger Wirtschaftsfaktor einen hohen Stellenwert. Denn Tourismuspolitik ist Politik für den Mittelstand und für neue Arbeitsplätze.

Wir wollen neue Zielgruppen für den Tourismus im Land erschließen. So unterstützen wir beispielsweise eine Initiative „Junger Tourismus“, die sich an Menschen richtet, die sich im Urlaub nicht nur erholen möchten, sondern auch Sport, Spaß und Action suchen. Ein

wachsender Markt liegt auch im Bereich des Wellness- und Gesundheitstourismus. Mit 58 Kurorten ist Baden-Württemberg das Kur- und Bäderland in Deutschland schlechthin. Wir setzen uns dafür ein, den Wellness-Bereich mit dem Know-how des Landes aus den Bereichen Medizin, Rehabilitation und Gesundheitsvorsorge zu verbinden.

Wachstum und Qualität mit der Natur – unsere Landwirtschaft

Innerhalb des Ländlichen Raumes gilt das besondere Augenmerk der CDU der Landwirtschaft als Produzent gesunder und heimatnaher Lebensmittel, als Wirtschaftszweig und als Dienstleister im Bereich der Landschaftspflege. Die CDU Baden-Württemberg steht zu unserer bäuerlichen Landwirtschaft, die mit einer flächendeckenden und standortangepassten Landbewirtschaftung und Nähe zu Bürgern und Verbrauchern auch als Familienbetrieb entwicklungsfähig bleiben muss.

Unsere Land- und Forstwirte, unsere Gärtner, Wengerter und Winzer erzeugen hochwertige Lebensmittel und Rohstoffe. Sie bewahren unsere Kulturlandschaft und leisten damit einen unschätzbaren Beitrag für die Attraktivität unseres Landes. Denn auch im harten Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte wird es immer wichtiger, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg besonders wohl fühlen, dass sie in unserer abwechslungsreichen, gepflegten Kulturlandschaft einen Ausgleich finden und dass sie bei uns eine Vielzahl von heimischen Produkten genießen können. Im dicht besiedelten Baden-Württemberg sind die sich überlagernden Nutzungs- und Zielkonflikte besonders hoch.

Unsere integrierte Agrar- und Strukturpolitik mit ihren angepassten Förderprogrammen hat sich bewährt. Kein anderes Land engagiert sich so stark wie wir im Agrarumweltbereich. Diese Spitzenposition werden wir auch in Zukunft verteidigen. Es geht dabei auch um leistungsfähige Strukturen der Vermarktung und Verarbeitung, um unsere traditionell starke Ernährungswirtschaft. Spezialitäten aus Baden-Württemberg sind jeweils ein Stück Heimat, auf die wir stolz sein können.

Doch schwierige Zeiten für die Landwirtschaft bei gleichzeitig knapper Finanzlage des Landes bedeuten begrenzte Spielräume. Es kommt darauf an, leistungsfähigen Unternehmen gute Entwicklungschancen zu bieten und den Strukturwandel sozial zu begleiten. Das ist eine Aufgabe aller öffentlichen Institutionen und gesellschaftlichen Kräfte. Darüber hinaus muss die Bewirtschaftung sensibler Landschaftsteile sichergestellt werden. Unser Ziel bleibt, dass wir auch weiterhin – im Gegensatz zu anderen Ländern –



alle angebotenen Hilfen der Europäischen Union und des Bundes für unser Land sichern können. Es geht um zielgerichtete Lösungen der jeweils dringendsten Probleme. Gefragt sind vor allem Hilfen zur Selbsthilfe.

Die Beschlüsse zur finanziellen Vorausschau der Europäischen Union von 2007 bis 2013 bedeuten im Ergebnis tiefe Einschnitte bei den EU-Mitteln für die Landwirtschaft und die Ländlichen Räume. Baden-Württemberg mit seiner landschaftlichen Vielfalt und seiner kleinstrukturierten bäuerlichen Landwirtschaft wird davon in besonderer Weise betroffen sein. Doch unsere erfolgreiche Politik zur Stärkung des Ländlichen Raumes und zur Sicherung einer umweltgerechten, flächendeckenden Landbewirtschaftung in Baden-Württemberg darf vor diesem Hintergrund nicht aufs Spiel gesetzt werden.

So wird die CDU Baden-Württemberg alles daran setzen, auch angesichts geringerer Finanzierungsbeiträge der EU die erfolgreiche integrierte Agrar- und Strukturpolitik des Landes wirkungsvoll fortzusetzen und so weiter zu entwickeln, dass unser Ländlicher Raum gegenüber den dicht besiedelten, strukturstarken Regionen nicht ins Hintertreffen gerät.

Bäuerliche Familienbetriebe brauchen eine Zukunft. Gemeinden im Ländlichen Raum brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur. Dazu steht die CDU Baden-Württemberg, auch im Hinblick auf reduzierte finanzpolitische Möglichkeiten. Die CDU Baden-Württemberg spricht sich deshalb dafür aus, gerade mit Blick auf die bevorstehenden nachhaltigen Kürzungen der EU, die Landesmittel für unsere heimische Landwirtschaft nicht zu verringern, sondern im bisherigen Umfang beizubehalten.

Besonders der Bund bleibt aufgefordert, geringere Finanzierungsbeiträge der EU für Agrarpolitik und Ländliche Räume ebenfalls als Herausforderung zu begreifen und weiterhin seiner Verantwortung gerecht zu werden. Dies gilt für die notwendige Anpassung der Gemeinschaftsaufgabe ebenso wie für zukunftsgerechte Lösungen zur Umgestaltung der landwirtschaftlichen Sozialversicherungssysteme.

Bei der Strukturpolitik für den Ländlichen Raum brauchen wir die Regel „Vorfahrt für Arbeit“. Agrarpolitik muss sich auf zukunftsfähige Familienbetriebe konzentrieren und den Strukturwandel sozial begleiten.

An Bedeutung gewinnen wird die Produktion nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energien, um dem Klimawandel zu begegnen und unsere Energieversorgung sicherzustellen.

len. Mit einem Aktionsplan nachwachsende Rohstoffe sollen in Baden-Württemberg zusätzliche Perspektiven für die Forst- und Landwirtschaft erschlossen werden.

Neue Herausforderungen der nächsten Jahre sind daher insbesondere die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, die Verbreiterung der Einkommensgrundlagen der Landwirte – etwa durch den Tourismus oder den Anbau nachwachsender Rohstoffe – sowie die Offenhaltung der Kulturlandschaft in den Mittelgebirgslagen.

Weil es um die Menschen geht – für einen wirksamen Verbraucherschutz

Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitlichen Risiken ist ein Kernthema der CDU-Politik in Baden-Württemberg. Der Verbraucherschutz hat für uns auch in Zukunft höchste politische Priorität. Die wichtigsten Grundlagen für einen wirksamen Verbraucherschutz sind die umfassende und sachliche Information der Verbraucher und eine effiziente Lebensmittelüberwachung. Gesundheitlicher Verbraucherschutz umfasst dabei alle Schritte von der Erzeugung über die Verarbeitung bis zum Verzehr eines Nahrungsmittels.

Ein bedeutender Faktor des Verbraucherschutzes ist die Schaffung von Transparenz, wie zum Beispiel durch das „Ernährungsportal Baden-Württemberg“. Es wurde vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg im März 2005 eingerichtet und ist bisher in Deutschland einmalig und zukunftsweisend. Mit der Einrichtung einer Verbraucherkommission unternimmt das Land einen weiteren, wichtigen Schritt, um Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und zu handeln. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Verbraucherschutzgesetz ein, das die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärkt und das staatlichen Stellen die Möglichkeit gibt, früher als bisher auf mögliche Risiken und Gefahren hinzuweisen.

Ein zentrales Problem, das unsere Gesellschaft zunehmend beschäftigen wird, ist die Fehlernährung. Bereits jedes dritte Kind und jeder fünfte Jugendliche sind übergewichtig. Die dadurch entstehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen sind gewaltig. Die Grundlagen für eine ausgewogene und bedarfsgerechte Ernährung werden in der Kindheit gelegt. Deshalb müssen weitere, breit angelegte Anstrengungen unternommen werden, um frühzeitig die Fehlernährung zu bekämpfen, um die Vorzüge einer gesunden Ernährung zu verdeutlichen und auch um unsere Esskultur im Hinblick auf frische, gesunde und regional erzeugte Nahrungsmittel zu beleben.



Gesundheit wird bei uns groß geschrieben

Jeder Mensch kann mehr oder weniger schwer erkranken. Der Maßstab für die Qualität der medizinischen Versorgung wird für uns auch in Zukunft der wissenschaftliche Fortschritt sein. Jeder Patient, ob in der Stadt oder auf dem Land, wird auch in Zukunft eine hochwertige medizinische Versorgung in erreichbarer Nähe erhalten. Auch in Zeiten mit schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen werden wir uns dafür einsetzen, dass die notwendigen medizinischen Leistungen für jeden Menschen in Baden-Württemberg frei zugänglich und finanziell zumutbar bleiben.

Baden-Württemberg verfügt über eine hervorragende und flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern. Der wachsende Kostendruck, aber auch der medizinische Fortschritt stellen eine große Herausforderung für die Kliniken im Land dar. Unsere Ziele in der Krankenhauspolitik sind eine hohe Qualität der medizinischen Arbeit, eine humane Leistungserbringung, eine ausreichende Versorgung in allen Landesteilen sowie eine größtmögliche Wirtschaftlichkeit. An diesen Eckpunkten orientieren wir uns bei der Gestaltung des Strukturwandels im Gesundheitswesen.

Ob bei der Krebsforschung oder bei der Transplantationsmedizin – unsere Universitätskliniken und medizinischen Forschungseinrichtungen haben Weltrang. Die Spitzenstellung in der medizinischen Wissenschaft kommt der Versorgung der Menschen in unserem Land unmittelbar zugute. Trotz eines wachsenden Kostendrucks im Gesundheitswesen setzt sich die CDU dafür ein, dass die Qualität der medizinischen Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger weiter gesichert bleibt. Gerade unsere Spitzenmedizin muss auch in Zukunft Weltspitze bleiben. Deshalb muss die Vergütung der Ärzte an den Universitätskliniken neben der Patientenversorgung auch die Leistungen im Bereich Forschung und Lehre berücksichtigen.

In der Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme wird häufig übersehen, dass das Gesundheitswesen nicht nur ein Kostenfaktor ist, sondern auch ein dynamischer Wachstumsmarkt, der gerade für unser Land von großer Bedeutung ist. Die Gesundheitsbranche, die in Baden-Württemberg jeden zehnten Arbeitsplatz stellt, ist für unser Land ein wichtiger Wirtschaftsbereich, den wir auch in Zukunft fördern und ausbauen wollen.

Angesichts steigender Gesundheitskosten gewinnt die Prävention immer mehr an Bedeutung. Der alte Satz „Vorbeugen ist besser als Heilen“ gilt heute mehr denn je. Prävention erhöht die Lebensqualität der Patienten und hilft, vermeidbare Ausgaben im Gesundheitswesen zu reduzieren. Für das Kur- und Bäderland Baden-Württemberg sind Prävention und Rehabilitation ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Suchtprävention, die insbesondere bei Jugendlichen einen umfassenden Ansatz erforderlich macht. Die Drogen- und Suchtpolitik der CDU basiert auf drei Säulen: der Prävention, der Therapie und – bei illegalen Drogen – auch der polizeilichen Repression. Wir setzen uns für eine konsequente Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität ein. Dies gilt vor allem für das organisierte Verbrechen auf nationaler und internationaler Ebene. Die von SPD und Grünen betriebene Liberalisierung des Zugangs zu Drogen lehnt die CDU ab.

Baden-Württemberg: ein solidarisches Land

Jeder Mensch muss damit rechnen, dass er wegen Krankheit oder Behinderung früher oder später einmal auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen ist. Die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ist ein wesentliches Ziel unserer Politik. Wir wollen, dass behinderte Menschen ein möglichst aktives Leben in der Gemeinschaft führen können. Deshalb setzen wir uns für den Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum ein. Deshalb plädieren wir für den Vorrang der ambulanten Betreuung vor der stationären. Deshalb fordern wir die Einführung so genannter persönlicher Budgets für Menschen mit Behinderungen. Und deshalb unterstützen wir das Programm „Aktion Arbeit für schwer behinderte Menschen“, das bei Arbeitgebern Anreize für die Einstellung behinderter Mitarbeiter schafft.

Die CDU Baden-Württemberg tritt für die Förderung von Hospizdiensten und Palliativmedizin ein. Die öffentliche Diskussion über aktive Sterbehilfe, die wir entschieden ablehnen, zeigt sehr deutlich, wie wichtig es ist, dass Schwerkranke und Sterbende bis zuletzt menschlich und menschenwürdig begleitet werden. Wir werden uns deshalb auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die ambulanten Hospizdienste die notwendige Unterstützung erhalten. Wir werden die ehrenamtliche Arbeit und die Vernetzung der Einrichtungen fördern und dafür werben, dass die Hospizbewegung einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft findet.



Wer aus eigener Kraft nicht für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, hat Anspruch auf die Unterstützung der Gesellschaft. Die CDU bekennt sich zur Grundsicherung für Arbeitslose und zur Sozialhilfe als Basissicherung, die dann einspringt, wenn andere Hilfen nicht zur Verfügung stehen. Die Grundsicherung für Arbeitslose und die Sozialhilfe müssen dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ entsprechen. Deshalb halten wir die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für richtig. Wer die Unterstützung der Solidargemeinschaft beansprucht, muss auch bereit sein, im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Gegenleistung für die Gesellschaft zu erbringen. Wir begrüßen daher alle Anstrengungen, die Beziehung von Sozialhilfe zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen. Wir setzen uns für eine energische Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen ein. Jeder Euro, der von Menschen kassiert wird, die ihn eigentlich nicht bräuchten, fehlt denjenigen, die wirklich auf Hilfe angewiesen sind, und steht auch für andere wichtige Aufgaben der Gesellschaft nicht zur Verfügung.

Ein Land für alle Generationen

In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird der demografische Wandel das Zusammenleben in unserer Gesellschaft maßgeblich beeinflussen. Wir leben in einer Gesellschaft, die immer älter wird und dabei zugleich zahlenmäßig abnimmt. Baden-Württemberg ist das Bundesland mit dem niedrigsten Altersdurchschnitt. Gleichzeitig haben die Menschen bei uns eine höhere Lebenserwartung als sonst irgendwo in Deutschland. Beide Trends sind ein Grund zur Freude. Sie stellen aber auch eine große Herausforderung für alle Politikfelder dar. Deshalb werden wir uns beim weiteren Ausbau unserer Infrastruktur konsequent an der demografischen Entwicklung orientieren.

Die CDU setzt sich für ein gutes Miteinander der Generationen ein. Wir sind unseren älteren Mitbürgern dankbar für ihre Lebensleistung und für das, was sie zur Entwicklung unseres Landes beigetragen haben. Ältere Menschen haben einen festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft und sollen ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt gestalten können. Die Erfahrungen, Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Menschen sind ein wertvoller Schatz, auf den unsere Gesellschaft in Zukunft mehr denn je angewiesen ist. Gerade auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements von Seniorinnen und Senioren liegen große Potenziale. Rüstige Senioren können sich mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen in alle Bereiche unserer Gesellschaft einbringen. Seniorennetzwerke und -expertendienste leisten auf diesem Gebiet schon heute eine wertvolle Arbeit, die es auszubauen gilt.

Wir wollen älteren Menschen helfen, so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld und in der von ihnen gewünschten Wohnform zu leben. Auch im sozialen Wohnungsbau müssen die Bedürfnisse älterer Menschen in Zukunft stärker berücksichtigt werden als bisher. Auch brauchen wir die Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur im ambulanten und stationären Bereich sowie die Förderung des generationenübergreifenden und betreuten Wohnens. An der bestehenden Pflegeheimförderung wollen wir so lange festhalten, bis die bestehenden Strukturunterschiede bei der Versorgung mit Heimplätzen im Land ausgeglichen sind.

Die demografische Entwicklung und die wachsende Zahl älterer Menschen stellen auch die Ausbildung im Pflegebereich vor große Herausforderungen. Wir treten dafür ein, dass die Berufsbilder und Ausbildungsinhalte im pflegerischen Bereich entsprechend dem geänderten Bedarf weiterentwickelt werden. Dies gilt ebenso für Behandlungskonzepte und -angebote bei Menschen im fortgeschrittenen Alter. Exemplarisch sei hier nur die Demenz genannt, die bei frühzeitiger Erkennung und entsprechender Behandlung verzögert werden kann.

Deshalb muss eine partnerschaftliche Gesellschaft ihren Ausdruck im Miteinander der Generationen finden. Wir wollen das Alter gestalten, statt es nur zu verwalten; wir wollen die Kompetenz und Erfahrung Älterer nutzen, sie einbinden in das politische und gesellschaftliche Leben. Wir wenden uns gegen jede Form der Ausgrenzung und Diskriminierung älterer Menschen. Mit einem/einer Seniorenbeauftragten innerhalb der Landesregierung wollen wir ein Zeichen setzen.

Unser Land: tolerant und weltoffen

Baden-Württemberg ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir eine große Zahl von Vertriebenen aus dem Osten bei uns aufgenommen. Wir haben Respekt vor dem harten Schicksal dieser Menschen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volk schwere Nachteile bis hin zum Verlust von Familienangehörigen, Heimat und Eigentum erdulden mussten. Ebenso wie die Spätaussiedler haben diese Menschen mit ihrer Tatkraft, ihrem Aufbauwillen und ihrem Fleiß dazu beigetragen, Baden-Württemberg zu dem zu machen, was es heute ist. Dafür sind wir dankbar.



Seit den 1950er Jahren sind zahlreiche ausländische Arbeitskräfte mit ihren Familien nach Baden-Württemberg gekommen. 1,2 Millionen Menschen aus nahezu allen Ländern der Erde haben auf diese Weise in Baden-Württemberg eine neue Heimat gefunden. Das sind zwölf Prozent der Einwohner unseres Landes. Der größte Teil von ihnen hat sich bestens integriert und ist ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft.

Unsere Ausländerpolitik verfolgt zwei Ziele: Zum einen wollen wir Ausländern, die sich rechtmäßig bei uns aufhalten, dabei helfen, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Zum anderen fordern wir eine wirksame Zuzugsbegrenzung. Eine weitere Zuwanderung würde die Integrationskraft unserer Gesellschaft überfordern. Schon heute nimmt Deutschland jährlich etwa 650.000 Ausländer auf. Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl Stuttgarts.

Um eine weitere Belastung der Sozialsysteme zu verhindern, müssen eine Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung sowie die konsequente Ausreisepflicht von nicht bleibeberechtigten oder kriminellen Ausländern durchgesetzt werden.

Wir erwarten von allen Menschen, die in unserem Land leben, dass sie bereit sind, sich zu integrieren, und dass sie sich an unsere Rechts- und Werteordnung halten. Von elementarer Bedeutung für den Integrationserfolg ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Je früher die Kinder ausländischer Familien nach Deutschland kommen, desto größer sind ihre Chancen für eine gelingende Integration und einen erfolgreichen Schulbesuch. Deshalb wenden wir uns gegen alle Versuche, das Nachzugsalter heraufzusetzen. Die Einbürgerung steht für uns nicht am Anfang, sondern am Ende des Integrationsprozesses. Wir erwarten von jedem, der die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben will, dass er die deutsche Sprache beherrscht und sich zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ihren Werten bekennt. Der Gesprächsleitfaden, den die Landesregierung Anfang des Jahres vorgelegt hat, ist ein hilfreiches Instrument, um die „innere Hinwendung“ von Einbürgerungswilligen zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung zu überprüfen.

Wir haben in Baden-Württemberg sehr viel für die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger getan. Als erstes Bundesland haben wir 2001 im Rahmen eines Modellversuchs so genannte „Integrationskurse“ für bleibeberechtigte Ausländer gestartet. Über 8.000 Menschen haben an diesen Kursen teilgenommen. Im Jahr 2004 hat das Land 33 Millionen Euro für die Sprachförderung an den Schulen und weitere sieben Millionen Euro für sonstige Integrationsmaßnahmen aufgewendet.



Das Mitmachland

In keinem Bundesland ist der Anteil der ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürger höher als in Baden-Württemberg. Mehr als 40 Prozent der Menschen in unserem Land engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für ihre Mitmenschen, für ein gutes Miteinander in der Gesellschaft oder für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Baden-Württemberg gilt bundesweit als Modellland für Ehrenamt und Engagement und als das Bürgerland schlechthin. Darauf sind wir als CDU stolz. Wir wissen, dass das bürgerschaftliche Engagement die Grundlage für unsere demokratische Kultur bildet.

Das soziale Klima und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft werden maßgeblich durch ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger bestimmt. Was wäre unser Land ohne die freiwilligen Helfer in Sportvereinen und kulturellen Gruppen, in Kirchen und in sozialen Einrichtungen, bei den Hilfs- und Rettungsorganisationen, in Verbänden, Initiativen und Selbsthilfegruppen? Engagierte Bürger warten nicht auf den Staat oder die Politik, sondern packen selbst mit an und übernehmen Verantwortung für das Gemeinwesen. In einem Mitmachland wird jeder gebraucht: Alt und Jung, Frauen und Männer, Zuwanderer und Einheimische. Gemeinsames Handeln baut Brücken und überwindet Gegensätze.

Die CDU setzt sich für eine aktive Bürgergesellschaft ein. Unser Leitbild ist nicht der allumfassende Staat, sondern der Bürger. Deshalb gehören Engagement und Freiheit für uns untrennbar zusammen.

Bürgerschaftliches Miteinander – gelebte Solidarität: Gemeinsam sind wir stark

Engagement hat viele Gesichter. Neben dem traditionellen vereinsgebundenen Ehrenamt gibt es in Baden-Württemberg ein breites Spektrum von Gruppen und Initiativen, in denen sich Menschen ohne feste Mitgliedschaft für bestimmte Ziele und Projekte engagieren. Zwischen diesen beiden Formen hat sich ein fruchtbares Miteinander entwickelt. Unsere Gesellschaft braucht beides: das Ehrenamt, das auf langfristigen Bindungen an einen Verein oder eine Gruppe basiert, und das bürgerschaftliche Engagement, dessen Markenzeichen die Projektorientierung ist. Wir unterstützen deshalb beide Formen des Gemeinns.

Darüber hinaus werden in Baden-Württemberg zahlreiche Freiwilligendienste für Jugendliche und junge Erwachsene angeboten. Zu ihnen gehören beispielsweise das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ). Diese Dienste bieten jungen Menschen nach dem Ende ihrer Schulzeit die Möglichkeit, sich im sozialen und pflegerischen Bereich, im Umweltschutz, im Sport oder auf dem Gebiet der Kultur in professioneller Weise zu engagieren. Häufig nutzen die Jugendlichen die Mitarbeit in einem solchen Dienst auch als Orientierungshilfe bei ihrer späteren Berufswahl. Auch bei den Freiwilligendiensten hat unser Land bundesweit Vorbildcharakter. So kommen fast 20 Prozent aller deutschen FSJ'lerinnen und FSJ'ler aus Baden-Württemberg.

Auf Initiative der CDU wurden diese Dienste in den letzten Jahren weiter ausgebaut. Altersbegrenzungen und Zugangsbeschränkungen wurden geöffnet. So ist es beispielsweise möglich, im Rahmen des Projekts „Jugend engagiert sich (jes)“, das von der Landesstiftung getragen wird, einen Freiwilligendienst parallel zum Schulbesuch zu absolvieren. Diese Reformen haben bundesweit Vorbildcharakter und tragen dazu bei, den Kreis der engagierten Jugendlichen zu erweitern.

Die Schülermentoren-Programme, die das Kultusministerium in Zusammenarbeit mit freien Trägern u.a. in den Bereichen Sport und Kultur anbietet, wenden sich in altersgerechter Weise an Kinder und Jugendliche. Spielerisch lernen sie, dass es Freude macht, sich für andere einzusetzen, gebraucht zu werden und Verantwortung zu übernehmen. Diese Projekte sind das beste Beispiel dafür, dass Leistungsorientierung und Solidarität sich nicht ausschließen.

Die CDU ist offen für alle alten und neuen Formen des Gemeinns. Besonders wichtig sind uns Vereine, Aktionen und Projekte, die sich an junge Menschen richten und die bei ihnen die Begeisterung für Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Mitverantwortung wecken. Alle Untersuchungen der letzten Jahre zeigen, dass die Engagementbereitschaft in Baden-Württemberg höher ist als in anderen Bundesländern und dass unter Kindern und Jugendlichen ein hohes Maß an Uneigennützigkeit existiert. Wir wollen jungen Menschen dabei helfen, diese wertvollen Gaben zu entfalten. Einen wertvollen Beitrag für ein gutes gesellschaftliches Miteinander leistet hierbei insbesondere die freie Kinder- und Jugendarbeit im Land. Diese überwiegend ehrenamtlich geleistete Arbeit wollen wir mit einem „Bündnis für Jugend“ absichern.



Die CDU tritt dafür ein, dass die Kirchen ihren seelsorgerischen und sozialen Aufgaben auch in Zukunft nachkommen können. Sie geben Menschen Halt und der Gesellschaft Orientierung. Die Kirchen und die Arbeit der ihnen zugehörigen und nahe stehenden karitativen Organisationen, wie zum Beispiel Diakonie und Caritas, sind für ein menschliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft unverzichtbar.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass insbesondere unsere Schulen zu Orten der gesellschaftlichen Mitverantwortung werden. Im Rahmen des neuen Ganztagschulkonzepts der Landesregierung sollen bei der Nachmittagsbetreuung neben hauptamtlichen Pädagogen auch ehrenamtliche Jugendbegleiter zum Einsatz kommen. Wir unterstützen diese Verzahnung zwischen den Schulen und Vereinen, Kirchen und Verbänden vor Ort.

Gemeinsam anpacken – gemeinsam helfen

Nach den großen Katastrophen, die sich in jüngerer Vergangenheit weltweit ereignet haben, hat sich gezeigt, wie groß die Mitmenschlichkeit in unserer Gesellschaft ist. Trotz angespannter wirtschaftlicher Lage ist die Spenden- und Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ungebrochen. Dieser Geist der Nächstenliebe verdient unseren Respekt und unsere Unterstützung.

Wie stark die Solidarität in unserer Gesellschaft ist, zeigt sich auch im Alltag vor Ort. Mehr als 100.000 Menschen sind in Baden-Württemberg als haupt- und ehrenamtliche Helfer bei den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, dem Roten Kreuz, der Johanniter Unfallhilfe, dem Malteser Hilfsdienst und allen anderen Hilfsorganisationen engagiert. Sie opfern ihre Freizeit und setzen sich unter Einsatz ihrer Gesundheit und oft auch ihres Lebens für ihre Mitbürger ein.

Wir wollen dieses Netzwerk der Solidarität, das sich bis in die kleinste Gemeinde unseres Landes erstreckt, erhalten und stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass der wertvollen Arbeit der Feuerwehren und der anderen Hilfsdienste auch in Zeiten knapper Kassen ein hoher Stellenwert eingeräumt wird.

Mitmachen möglich machen

Aufgabe des Staates ist es, gute Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu schaffen und dem Gemeinsinn der Menschen eine sicherere Grundlage zu geben. So hat das Land Baden-Württemberg im Jahr 2004 über 75 Millionen Euro in die Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement investiert. Zum 1. Januar 2006 hat die Landesregierung eine Haftpflicht- und Unfallversicherung für alle ehrenamtlich Engagierten im Land abgeschlossen.

Ein wichtiger Aktivposten unseres Landes sind die Sportvereine. Der Sport hat eine große Bedeutung für die Gesundheit und die Freizeitgestaltung, für die Sozialisierung junger Menschen und für die Integration von Gruppen, die sonst eher am Rande der Gesellschaft stehen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass das Land seinen hohen Standard bei der Förderung des Breiten- und Spitzensports auch in Zukunft beibehält und mit den Verbänden einen Solidarpakt schließt, der dem Sport in Baden-Württemberg über einen längeren Zeitraum Planungssicherheit gibt.

In den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs existieren mehr als 100 so genannte Ehrenamtsbüros oder Anlaufstellen für Engagementförderung. Diese Stellen beraten Menschen, die sich gern engagieren möchten, aber eine feste Mitgliedschaft in einem Verein scheuen. Darüber hinaus haben die Ehrenamtsbüros eine wichtige Informations- und Vernetzungsfunktion vor Ort. Die Landesregierung unterstützt den Aufbau solcher Stellen und berät Kommunen und freie Träger bei der Einrichtung. Die CDU setzt sich dafür ein, dass diese lokalen Ehrenamtsbüros weiter ausgebaut werden.

Gleiches gilt für das Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement, das seit Jahren auf Landesebene erfolgreiche Arbeit leistet und bundesweit eine hohe Anerkennung genießt. Eine Vernetzungsfunktion für engagierte Bürgerinnen und Bürger hat auch das Ehrenamtsportal, das die Landesregierung im Internet eingerichtet hat und das umfassende Informationsmöglichkeiten über alle Fragen im Zusammenhang mit Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement bietet.



Wir fordern, dass alle Hemmnisse, die Menschen von einem bürgerschaftlichen Engagement abhalten, überprüft und abgebaut werden. Das Ehrenamt ist im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass dieser Bereich auch in Zeiten knapper Kassen von Einsparungen verschont bleibt.

Genau so wichtig wie die materielle Unterstützung ist eine Anerkennungskultur, die den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger würdigt und positive Beispiele öffentlich bekannt macht. Dies ist beispielsweise das Ziel des von der Landesregierung initiierten Wettbewerbs „Echt gut! Ehrenamt in Baden-Württemberg“, an dem sich in den letzten beiden Jahren jeweils weit über 1.000 Gruppen, Projekte und Einzelpersonen beteiligt haben.

Baden-Württemberg – eine lebendige Kunst- und Kulturlandschaft

Kunst und Kultur tragen in erheblichem Maße zur Lebensqualität in unserem Land bei. Darüber hinaus sind sie auch ein wichtiger Standortfaktor. Baden-Württemberg verfügt über eine reiche Theater- und Museumslandschaft, die auch für den Tourismus von großer Bedeutung ist. Neben herausragenden staatlichen und privaten Theatern und Museen gehört zu den Markenzeichen dieser Kulturlandschaft auch die ehrenamtliche Pflege von Brauchtum und Kultur durch Vereine und Verbände sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger. Diese so genannte Laienkultur umfasst ein breites Spektrum von der alemannischen Fasnet und den zahlreichen Musikvereinen im Land bis hin zum experimentellen Theater. Die CDU wird diese Form des bürgerschaftlichen Engagements auch in Zukunft unterstützen.

Die Förderung von Kunst und Kultur ist nicht nur auf die urbanen Ballungsräume und auf Großereignisse beschränkt. Unsere Kulturpolitik steht für ein dezentrales Kulturprogramm, das alle Regionen des Landes umfasst. Beleg hierfür sind beispielsweise die acht Kommunaltheater, drei Landes Bühnen, rund 40 Kleintheater, ca. 100 professionelle freie Theater und zahlreiche soziokulturelle Zentren, die durch das Land gefördert werden. Auch die Jugendmusik- und Jugendkunstschulen bieten neben ihrem Bildungsauftrag eine breite Grundlage für kulturelles Engagement. Die Ergebnisse dieser Arbeit spiegeln sich nicht zuletzt im guten Abschneiden im überregionalen Vergleich wider, wie beispielsweise bei „Jugend musiziert“.

Viele Kulturprojekte in unserem Land wären ohne den Einsatz privater Mäzene nicht möglich gewesen. Auch das gehört für uns zu einer aktiven Bürgergesellschaft.

Die CDU bekennt sich zum hohen Stellenwert von Kunst und Kultur in Baden-Württemberg und setzt sich auch in Zukunft für deren Förderung und Pflege ein. Die Kultur ist für uns nicht einfach ein schönes Accessoire, das man sich in guten Zeiten gönnt und an dem man in schlechten Zeiten beliebig sparen kann: Kunst und Kultur sind eine Quelle für Inspiration und neue Ideen. Sie konfrontieren uns mit Fragen und Herausforderungen. Sie führen uns zu unseren Wurzeln und lenken unseren Blick auf das Wesentliche.

Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Zwar hat der Staat dabei eine zentrale Schrittmacherfunktion, aber darüber hinaus ist auf diesem Feld auch das Engagement von Privatpersonen und Unternehmen gefordert. Die CDU wirbt für eine Stärkung des Mäzenatentums in unserem Land. Wir setzen uns deshalb auch dafür ein, dass die private Förderung von Kunst und Kultur in Zukunft erleichtert wird.

Unser Land geht uns alle an

Als große Volkspartei sind wir uns bewusst, dass die Demokratie von der Partizipation und dem Engagement aller Bürgerinnen und Bürger lebt. Wir begrüßen es deshalb, dass mit dem im Juli 2005 beschlossenen Gesetz die direkte Demokratie in den Kommunen Baden-Württembergs weiter ausgebaut wurde. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Landesregierung eine Kommission einsetzt, die die Erfahrungen auswertet, die im Freistaat Bayern mit den erweiterten Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auf kommunaler und auf Landesebene gemacht worden sind, und auf dieser Basis einen Vorschlag erarbeitet.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in allen Teilen unseres Landes die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten erhalten. Dies gilt auch für den Ausbau der Infrastruktur und die Wirtschaftsförderung. Die CDU steht für eine Politik für alle Landesteile. Die Zentren und Ballungsräume sind uns genauso wichtig wie der ländliche Raum, der das starke Rückgrat unseres Landes bildet.



Ein Land, mit dem Staat zu machen ist

Freiheit und Sicherheit

Die CDU steht für ein funktionierendes Staatswesen. Wir wollen keinen Staat, der überall regeln will, aber dann doch nichts geregelt bekommt. Wir wollen einen Staat, der stark ist, wenn es um die Erfüllung seiner Kernaufgaben geht, der aber zugleich die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger respektiert. Das ist kein Widerspruch. Denn Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben, und Sicherheit lässt sich nicht auf Kosten der Freiheit erzwingen.

Wodurch wird die Freiheit der Menschen heute bedroht? Gewiss sind hier an erster Stelle der internationale Terrorismus, politischer Extremismus und jede Form von Kriminalität zu nennen, gegen die wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Hier ist ein im besten Sinne „starker“ Staat gefordert. Aber auch ein Übermaß an staatlicher Bürokratie und Überregulierung kann die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen beeinträchtigen. Wer Freiheit sichern will, darf deshalb nicht nur auf den Staat setzen, sondern muss auch bereit sein, staatliche Aufgaben zurückzufahren.

Die CDU bekennt sich deshalb zu einer permanenten Aufgabenkritik und zu einem unterschiedenen Bürokratieabbau. Deutschland muss sich wieder auf die Grundzüge der bundesstaatlichen Ordnung zurückbesinnen: Vorfahrt für kleine Einheiten, Aufbau des Staates von unten nach oben, klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für alle Entscheidungsebenen von der Gemeinde bis zur Europäischen Union. Wir brauchen einen Staat, der stark und zugleich schlank ist. Maßstab und Richtschnur in diesem Prozess ist für uns nicht der Staat, sondern der Bürger.

Starkes Land – starke Kommunen

Am Anfang aller Politik steht für uns der einzelne Mensch. Die erste politische Gestaltungsebene ist für uns die Gemeinde. Sie bildet das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen. Hier kennt man sich, hier entwickeln sich soziale Beziehungen, hier werden im direkten Austausch Ideen geboren. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Kommunen auch in Zukunft sichern. Deshalb hat sich die CDU Baden-Württemberg in der Vergangenheit entschieden gegen alle Versuche aus Berlin und Brüssel gewandt, den Kommunen zusätzliche Aufgaben aufzubürden, ohne ihnen auch die dafür erforderlichen Mittel an die Hand zu geben. In diesem Sinne werden wir auch die Arbeit der großen Koalition im Bund konstruktiv

und zugleich kritisch begleiten. Auch in der Beziehung zwischen Land und Kommunen setzen wir uns für einen konsequenten Aufgabenabbau und eine kritische Überprüfung aller bestehenden Standards ein, die die Leistungsfähigkeit der Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung beeinträchtigen. Die CDU versteht sich als Sachwalterin der Interessen der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg.

Die grundlegende Neuordnung der Gemeindefinanzen und die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung haben für uns höchste Priorität. Die kommunalen Haushalte brauchen eine solide Einnahmebasis. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die bisherige Gewerbesteuer durch eine neue Form der Unternehmensbesteuerung zu ersetzen.

In eine Gemeindefinanzreform müssen jedoch auch die Aufgaben- und Ausgabenseite mit einbezogen werden. Vor allem gilt es, die Dynamik der Sozialleistungen zu begrenzen, die eine schwere Belastung für die Kommunen darstellen. Wir bekennen uns zur Solidarität mit Menschen, die unverschuldet in Not geraten. Aber wir sehen auch die Notwendigkeit, diese Hilfe stärker auf die Fälle zu begrenzen, wo sie wirklich erforderlich ist.

Europa mit Leben erfüllen

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Es ist ein wichtiges Transitland. Der größte Teil unserer Exporte fließt in Länder der Europäischen Union. Unser Land profitiert in erheblichem Maße von der europäischen Einigung.

Wir pflegen eine gute, grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn innerhalb wie außerhalb der Europäischen Union. Unser Land hat einen maßgeblichen Beitrag zur deutsch-französischen Aussöhnung und auch zur Öffnung der EU nach Ost- und Südosteuropa geleistet. Zu dieser Brückenbauerfunktion stehen wir auch in Zukunft. Wir wissen, dass gute menschliche Beziehungen und Kontakte die Grundlage für jede Form der politischen Zusammenarbeit bilden.

Die Europäische Union ist für uns mehr als ein Wirtschaftsraum. Sie ist auch eine Wertegemeinschaft und der Garant einer stabilen Friedensordnung. Die Aufnahme der östlichen Nachbarn Deutschlands in die EU ist ein großartiger Erfolg dieses Friedenswerks. Wir wollen, dass Europa auch in Zukunft seiner Rolle als Wertegemeinschaft treu bleibt. Deshalb warnen wir vor einer überstürzten Fortsetzung der Erweiterungspolitik und sprechen uns gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU aus.



Wir beobachten mit Sorge, dass die Begeisterung der Bürgerinnen und Bürger für den europäischen Gedanken in den meisten alten EU-Staaten nachgelassen hat. Das grenzenlose Europa ist für viele zu einer positiven Selbstverständlichkeit geworden. Viele Menschen verbinden mit der Europäischen Union aber auch eine basisferne Bürokratie und eine abstrakte Umverteilungsmaschinerie ohne wirkliche demokratische Kontrolle.

Weil wir an Europa glauben, treten wir diesen Ängsten entgegen. Wir wollen den europäischen Gedanken wieder mit Leben erfüllen. Die Erarbeitung des EU-Verfassungsvertrages war ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Unser Ziel ist ein Europa der Regionen; ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb setzen wir uns für eine klare Trennung der Rechte und Zuständigkeiten der einzelnen Politikebenen nach dem Subsidiaritätsprinzip ein. Wir handeln dabei nach der Devise: so viel Bürgernähe wie irgend möglich – so wenig Zentralismus wie nötig. Wenn wir die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu Europa erhöhen wollen, müssen wir Klarheit und Transparenz über die Kompetenzen von Kommunen, Land, Bund und EU schaffen.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Kompetenzen des Landes und der Kommunen auch in Zukunft mit Entschiedenheit gegen den Bund und die EU verteidigen. Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen dafür ein, die Bürokratie auf das notwendige Maß zurückzuführen.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg auf europäischer Ebene auch in Zukunft eine aktive Rolle spielt. In enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Europäischen Parlament, im Ausschuss der Regionen und in den verschiedenen europäischen Institutionen wollen wir unseren Beitrag zu einer gemeinsamen Zukunft unseres Kontinents leisten und dabei die Chancen unseres Landes nutzen. Ein wichtiges Forum für die Wahrnehmung der Interessen Baden-Württembergs auf europäischer Ebene ist die Landesvertretung in Brüssel.

Vernünftige und solide Haushaltspolitik – aus Verantwortung für unsere Kinder

Unser Land steht in der Haushaltspolitik nach wie vor auf einem Spitzenplatz: Wir haben nach Bayern die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der alten Länder in Deutschland. Das ist ein Erfolg, um den andere uns beneiden. Aber wir wissen auch: Unsere Verschuldung ist nach wie vor zu hoch. Deshalb setzen wir uns für eine konsequente Weiterführung der Konsolidierungspolitik ein. Alle Ausgaben müssen ohne Tabus auf den Prüfstand gestellt werden.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode hatte die Union sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Neuverschuldung des Landes auf Null zurückzuführen. Dass wir dieses Ziel bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht erreicht haben, ist nicht nur auf die Steuerausfälle in Milliardenhöhe zurückzuführen, die das Land in den letzten Jahren erleiden musste, sondern auch das Ergebnis der wachstumsfeindlichen Politik der rot-grünen Bundesregierung.

Ursache ist auch das immer noch ungerechte System des Länderfinanzausgleichs. Allein in den Länderfinanzausgleich zahlt Baden-Württemberg über zwei Milliarden Euro jährlich ein. Ohne diese Zahlungen hätte Baden-Württemberg bereits heute einen ausgeglichenen Haushalt. Deshalb treten wir für eine gerechtere Gestaltung des Länderfinanzausgleichs ein.

Die CDU Baden-Württemberg hält auch in Zukunft an einem ausgeglichenen Haushalt als Ziel ihrer Finanzpolitik fest. Das sind wir nicht zuletzt auch unseren Kindern schuldig. Wir streben an, dieses Ziel bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode im Jahr 2011 zu erreichen. Eine solide, transparente und ehrliche Haushaltspolitik gehört deshalb weiterhin zu den herausragenden Schwerpunkten der kommenden Jahre.

Zur Erreichung dieses Ergebnisses bedarf es nicht nur großer Sparanstrengungen. Dazu gehören die konsequente Überprüfung und Zurückführung von öffentlichen Aufgaben und Beteiligungen genauso, wie die Nutzung zusätzlicher Steuereinnahmen für den Schuldenabbau.

Darüber hinaus streben wir in der kommenden Legislaturperiode die Einführung eines institutionellen Regelwerks zur Schuldenbegrenzung und Haushaltssteuerung an. Dazu gehört auch die Prüfung betriebswirtschaftlicher Elemente, die zum Beispiel Staatsdoppik und Bilanzierung mittelfristig zum Element der Haushaltbewirtschaftung machen können. Konsequenterweise ist damit auch die transparente Darstellung der heute bekannten Belastungen zukünftiger Generationen verbunden.

Verantwortliche Landespolitik kann bei einem ausgeglichenen Haushalt nicht stehen bleiben, sondern muss langfristig auch den Abbau der Altschulden als Herausforderung annehmen.



Viel Baden-Württemberg – wenig Bürokratie

Eine effiziente und bürgernahe Verwaltung ist die Grundvoraussetzung für einen modernen und erfolgreichen Staat. Die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg haben einen Anspruch auf den sorgfältigen Umgang mit ihrem Geld. Deshalb haben wir schon in den vergangenen Legislaturperioden die Verwaltung systematisch reformiert, Aufgaben auf den Prüfstand gestellt und Bürokratie abgebaut. Beim Bürokratieabbau liegt Baden-Württemberg bundesweit an der Spitze. Als erstes Bundesland haben wir innerhalb der Landesregierung einen Ombudsmann für Bürokratieabbau bestellt. Die Erfolge unserer Politik sind messbar: Allein in den Jahren zwischen 1999 und 2004 wurden 50 Prozent der Vorschriften im Land abgebaut, ohne dass die Leistungsfähigkeit des Staates darunter gelitten hätte. Die CDU setzt sich für einen „Bürokratie-TÜV“ ein. Bevor ein Gesetz oder eine staatliche Regelung in Kraft tritt, muss geprüft werden, welche Folgekosten dies für Bürger, Unternehmen und Verwaltung mit sich bringt.

Mit der Verwaltungsreform wurde die Behördenstruktur im Land neu geordnet und die Verwaltung verschlankt. In den letzten drei Jahren haben wir über 300 Fach- und Sonderbehörden in die Stadt- und Landkreise eingegliedert. Damit können langfristig Einsparungen von ca. 130 Millionen Euro pro Jahr erzielt werden. Mit der Verwaltungsreform muss auch eine konsequente Hinterfragung von Aufgaben einhergehen. Wir wollen keinen Staat, der immer mehr Aufgaben an sich zieht, sondern einen Staat, der sich auf die zuverlässige Erfüllung seiner Kernaufgaben konzentriert. Die Verwaltungsreform und die Entbürokratisierungsinitiative sind Markenzeichen der CDU-Landespolitik, um die uns andere Bundesländer beneiden. Mit dieser Politik verfolgen wir drei Ziele: Wir wollen sparen; wir wollen der Eigeninitiative von Bürgern und Unternehmen möglichst wenige bürokratische Hürden entgegenstellen; und wir wollen Energien für einen neuen Aufbruch freisetzen.

Ein wesentliches Potenzial für mehr Bürgernähe und weniger Verwaltung liegt auch im weiteren Ausbau von eGovernment-Dienstleistungen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg auch auf diesem Gebiet bundesweit zum Vorreiter wird.

Mit der CDU wird Baden-Württemberg seinen Weg zu einem schlanken und zugleich starken Staat konsequent weitergehen.

Unser Land braucht motivierte Mitarbeiter

Der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg leistet hervorragende Arbeit. So haben beispielsweise unsere Gerichte im Bundesvergleich die niedrigste Verfahrensdauer, obwohl wir die geringste Richterichte haben. Dies ist nur ein Beispiel für die Leistungsfähigkeit und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung. Die CDU bekennt sich zu einem motivierten und qualifizierten öffentlichen Dienst, weil wir die Kraft aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen, um die großen Herausforderungen in Politik und Gesellschaft anzugehen.

Mit einem Anteil von 41 Prozent bilden die Personalkosten den größten Ausgabenblock des Landeshaushalts. Eine Konsolidierung des Landeshaushalts setzt daher zwingend auch eine Begrenzung der Personalkosten voraus, die nur durch einen Personalabbau zu erreichen ist.

Die Landesregierung konnte in den letzten Jahren die Personalausgabenquote konstant halten, obwohl in den vergangenen fünf Jahren 5.500 neue Lehrerstellen im Haushalt geschaffen wurden und im gleichen Zeitraum die Zahl der Versorgungsempfänger aus dem Schuldienst um 12.000 Personen zugenommen hat. Die konstante Personalausgabenquote konnten wir vor allem durch Stellenstreichungen in den Verwaltungen erreichen: So wurden in dieser Legislaturperiode 4.308 Stellen in der Landesverwaltung eingespart. Diesen Weg werden wir auch nach der Wahl konsequent fortsetzen. Insbesondere in der allgemeinen Verwaltung und im Bereich der politischen Führung müssen wir jede Aufgabe kritisch auf ihre Notwendigkeit überprüfen.

Bei der Modernisierung des öffentlichen Dienstes setzt die CDU auf neue Modelle der Arbeitszeitgestaltung, die in der Wirtschaft bereits mit Erfolg eingesetzt werden, wie beispielsweise die alternierende Telearbeit. Ziel ist es, Eltern die Möglichkeit zu bieten, Kinderbetreuung und Berufstätigkeit besser miteinander zu verbinden.



Hand in Hand nach vorn – Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Staat

Die CDU steht der Privatisierung von Landesbeteiligungen positiv gegenüber. Schon in der Vergangenheit haben wir die Erlöse aus Privatisierungen genutzt, um die Chancen der jungen Generation und den Standort Baden-Württemberg durch gezielte Investitionen in Bildung und Forschung zu stärken. Wer Beteiligungen verkaufen will, muss sich allerdings auch im Klaren darüber sein, dass man sein Tafelsilber nur einmal verkaufen kann. Bei weiterem Verkauf von Landesbeteiligungen müssen die Erlöse für den Altschuldenabbau und nicht zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden. Für die CDU kommen Privatisierungen nur in Betracht, wenn sie wirtschafts-, struktur- und ordnungspolitisch sinnvoll sind, ein nachhaltiger Nutzen für das Land und seine Menschen zu erwarten ist und der private Sektor die Aufgaben auf einem vergleichbaren Niveau erfüllen kann.

Die CDU ist offen für die unterschiedlichsten Formen der Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft. Angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte müssen wir auch alternative Finanzierungsinstrumente wie beispielsweise die Public Private Partnership (PPP) vorbehaltlos prüfen.

Ein Land, in dem Recht und Ordnung etwas gelten

Baden-Württemberg belegt einen Spitzenplatz bei der Inneren Sicherheit. Seit Jahren ist die Kriminalitätsrate bei uns niedriger als in den meisten anderen Ländern und die Aufklärungsquote höher. Auch im Jahr 2004 lag Baden-Württemberg mit einer Kriminalitätsbelastung von 5.784 Straftaten je 100.000 Einwohnern mit Bayern deutschlandweit in puncto Sicherheit an der Spitze. Diese Erfolge verdanken wir in erster Linie der hervorragenden Arbeit von Polizei und Justiz im Land sowie der Rechtstreue unserer Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Polizei leistet hervorragende Arbeit für die Sicherheit in unserem Land – und das unter oft schwierigen Bedingungen. Die CDU hat sich deshalb mit Erfolg dafür eingesetzt, dass unsere Polizistinnen und Polizisten die bestmögliche technische Ausstattung erhalten. So haben wir im Rahmen des Technik-Zukunftsprogramms mit einem Gesamtvolumen von 348 Millionen Euro unter anderem ein modernes und bundesweit als Vorbild geltendes Leasingkonzept für den polizeilichen Fuhrpark eingeführt, die Polizeihubschrauber und die Polizeibootflotte erneuert sowie die Polizei mit Schutzwesten und neuen Pistolen ausgestattet. Wir haben die Weichen für die Einführung des Digitalfunks gestellt und werden

die digitale Technik so schnell wie möglich im Land einführen. Diese wird an den Anforderungen der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und dem neusten Stand der Technik ausgerichtet werden. Hierbei muss es eine gerechte Kostenverteilung zwischen Bund und Land geben. Daneben werden wir auch in Zukunft mit den notwendigen Investitionen in die polizeiliche Informations- und Kommunikationstechnik dafür sorgen, dass die Polizei die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit vorfindet.

Die Sicherheit der Bürger und eine effektive Verbrechensbekämpfung haben für die CDU Priorität. Deshalb haben wir uns in der Vergangenheit für die Einführung der ereignisunabhängigen Kontrollen und für die kommunale Kriminalprävention stark gemacht. Im Interesse der ehrlichen Bürgerinnen und Bürger setzen wir uns für die Überwachung von Kriminalitätsschwerpunkten mit Hilfe von Videokameras ein. Der Einsatz dieser Technik soll Verbrechen aufklären, potenzielle Straftäter abschrecken und das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen stärken. Unsere Botschaft ist klar: Wir überlassen den öffentlichen Raum nicht der Gesetzlosigkeit!

Im Sinne einer wirksamen Verbrechensbekämpfung plädieren wir für eine konsequente Anwendung der DNA-Analyse. Diese muss endlich zur Standardmaßnahme der erkennungsdienstlichen Behandlung analog dem herkömmlichen Fingerabdruck werden. Wer wie Grüne, SPD und auch Teile der FDP der Meinung ist, man dürfe der Polizei dieses Instrument nicht umfassend zur Verfügung stellen, verhindert die Aufklärung von Straftaten und setzt sich im Übrigen auch über die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung hinweg, die die Anwendung dieses Verfahrens befürwortet.

Computer haben Einzug in alle Lebensbereiche gehalten. Die Möglichkeiten dieser Technik werden jedoch zunehmend auch von Kriminellen missbraucht. Im letzten Jahr wurden allein in Baden-Württemberg 10.000 Internet-Straftaten registriert. Das Internet darf kein Freiraum für Kriminelle sein. Wir werden Computer- und Internetkriminalität energisch bekämpfen und insbesondere unsere Kinder vor den damit verbundenen Gefahren schützen. Zudem werden wir die Medienkompetenz stärken. Ferner werden wir beim Landeskriminalamt ein Kompetenzzentrum Internetkriminalität einrichten und die virtuellen Streifen im Internet verdoppeln. Wir beabsichtigen, die Sicherung, Auswertung und Verfolgung digitaler Spuren bei Straftaten durch spezialisierte Polizeibeamte deutlich auszubauen, die Voraussetzungen zur Einstellung von IT-Experten als spezialisierte EDV-Ermittler bei der Polizei zu schaffen sowie eine Innovationspartnerschaft aus Wirtschaft, Medien, Providern,



Forschung und Polizei zu gründen, die parallel zur Entwicklung neuer Techniken die Missbrauchsgefahren analysiert und Schutzmechanismen erarbeitet. Für dieses Programm „Offensive gegen Computerkriminalität“ werden wir bei der Polizei 100 Spezialisten zusätzlich einsetzen und die erforderlichen technischen Mittel bereitstellen.

Die CDU wird trotz der schwierigen Haushaltslage dafür sorgen, dass für die Polizeiarbeit die Mittel in der nächsten Legislaturperiode nicht gekürzt werden. Wir bieten unserer Polizei einen „Pakt für ein sicheres Baden-Württemberg“ an. Konkret heißt dies, dass die Polizei die Mittel für eine leistungsgerechte Personalentwicklung und für Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung durch eigene Reformen selbst erwirtschaften kann. Über die so gewonnenen Ressourcen soll die Polizei dauerhaft verfügen können.

Angesichts der ungünstigen Altersstruktur der Polizei wollen wir vorrangig den Polizeimeistern und Polizeiobermeistern des mittleren Dienstes nach Art eines „atmenden Stellenplans“ eine berechenbare Karriereentwicklung mit fairen Beförderungswartezeiten bieten. Wir beabsichtigen, in der nächsten Legislaturperiode 1.400 Stellenhebungen vorzunehmen.

Wirksame Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus

Eine der großen Bedrohungen unserer freiheitlichen Gesellschaft ist der internationale Terrorismus. Unmittelbar nach den schrecklichen Anschlägen vom 11. September 2001 hat die Landesregierung schnell und entschlossen reagiert und ein Anti-Terror-Programm in Höhe von 29 Mio. Euro aufgelegt.

Die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus wird auch weiterhin ein Schwerpunkt der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden bleiben. Wir haben Respekt vor den kulturellen Wurzeln und Glaubensüberzeugungen eines jeden Menschen, der friedlich bei uns leben will. Aber wir werden nicht akzeptieren, dass Religion für extremistische Zwecke missbraucht wird. Wir dulden keine Gewalttäter und Hassprediger im Land. Um islamistische Extremisten in Zukunft noch entschiedener bekämpfen zu können, fordert die CDU eine personelle Verstärkung der „Kompetenzgruppe Islamismus“ des Landesamtes für Verfassungsschutz. Die bereits vorhandene Bündelung der Kompetenzen in der Terrorbekämpfung im GATZ (Gemeinsames Terrorabwehrzentrum) ist weiter auszubauen.

Mit der gleichen Entschiedenheit wie gegen den religiös motivierten Extremismus wenden wir uns gegen jede Form des politischen Radikalismus von Links wie von Rechts. Wir werden auch in Zukunft mit aller Entschiedenheit und Härte einschreiten, wenn Rechtsradikale sich auf den Schulhöfen tummeln und zur Gewalt gegen Ausländer und andere Minderheiten aufrufen.

Begünstigt wird das Abrutschen von jungen Menschen in Gewalt und Extremismus durch Orientierungs- und Perspektivlosigkeit: Wer kein Lebensziel, keine Arbeit und keine Perspektive hat, wer sich ungerecht behandelt und von der Gesellschaft verlassen fühlt, ist oft besonders anfällig für radikale Ideologien und wird leicht zur Beute politischer Rattenfänger. Glücklicherweise befindet sich Baden-Württemberg hier im Bundesvergleich in einer sehr guten Ausgangssituation: Die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit sind bei uns niedriger als in allen anderen Bundesländern. Wir haben ein ausgeprägtes gesellschaftliches Engagement und einen guten sozialen Zusammenhalt. Diese positiven Rahmenbedingungen tragen dazu bei, junge Menschen gegen die Verführungskraft falscher Heilslehren immun zu machen. Wir werden auch in Zukunft gemeinsam mit Jugendgruppen und Vereinen, dem Sport und den Kirchen, den Gewerkschaften und allen anderen Kräften der Gesellschaft unser Möglichstes tun, damit Gewalt und Extremismus bei uns keinen Nährboden finden.

Baden-Württemberg: kein Platz für Kriminelle

Menschliches Zusammenleben kann nur gelingen, wenn alle sich an die geltenden Regeln halten. Wer die Rechtsordnung verletzt, muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Die Menschen in Baden-Württemberg haben ein Recht auf Sicherheit. Kriminelle müssen mit Nachdruck verfolgt, gestellt und schnell verurteilt werden. Die Rechte der Bürger und insbesondere der Opfer haben Vorrang vor möglichen Erleichterungen für überführte Straftäter.

Bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität müssen Prävention und Repression Hand in Hand gehen. Mit einem abgestuften Interventionskonzept sorgen wir dafür, dass jugendliche Straftäter die Folgen eines Rechtsverstoßes frühzeitig und unmissverständlich zu spüren bekommen. Die von linken Gruppen geforderte „Entkriminalisierung“ so genannter „Bagatelldelikte“ wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren, Graffiti-Schmierereien oder den Besitz kleiner Mengen an Rauschgift lehnen wir ab, denn dies wäre gerade für das Rechtsbewusstsein junger Menschen das falsche Signal.



Um schwere Straftaten angemessen ahnden zu können, fordern wir eine Erhöhung der Höchststrafe im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre sowie die grundsätzliche Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden. Bei schwersten Straftaten wie etwa Mord muss auch die Verhängung einer Sicherungsverwahrung gegen Jugendliche und Heranwachsende möglich sein. Gleichzeitig setzen wir uns für die Fortsetzung der erfolgreichen baden-württembergischen Präventionsprogramme zur Bekämpfung der Jugendkriminalität ein.

Eine Sorge, die viele Bürgerinnen und Bürger in bestimmten Brennpunktregionen unseres Landes bewegt, ist die Kriminalität einzelner Gruppen von jugendlichen Spätaussiedlern. Die CDU sieht dieser Entwicklung nicht tatenlos zu. Auf unsere Initiative hin wurden 100 besonders qualifizierte Jugendsachbearbeiter speziell zur Bekämpfung der Kriminalität von jugendlichen Spätaussiedlern ausgebildet, die gezielt an den entsprechenden Brennpunkten eingesetzt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für den Einsatz ehrenamtlicher Helfer bei der Integration jugendlicher Spätaussiedler ein.

Zu den großen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft gehört die Integration von Zuwanderern. Wer sich rechtmäßig in unserem Land aufhält, unsere Gesetze achtet und bereit ist, sich bei uns zu integrieren, ist uns willkommen. Von besonderer Bedeutung für die Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache.

Was wir dagegen entschieden ablehnen, ist die Bildung von isolierten Parallelgesellschaften. Wir haben Respekt vor den kulturellen Werten der Menschen, die zu uns kommen. Aber wir akzeptieren nicht, dass sich in unserer Gesellschaft Räume bilden, in denen unsere Rechtsordnung abgelehnt und Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung der Frau offen abgelehnt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass solche Milieus auch einen fruchtbaren Nährboden für Kriminalität und extremistisches Gedankengut bilden.

Wer im Namen seines Glaubens Hass schürt, zu Verbrechen oder Terror aufruft, wer junge Frauen gegen ihren Willen verheiratet oder aus falsch verstandener Ehre Frauen an Leib und Leben bedroht, hat in unserem Land nichts verloren und muss gegebenenfalls auch bestraft werden. Wir akzeptieren nicht, dass unter dem Deckmantel der Toleranz Frauen- und Menschenrechte missachtet werden, dass Frauen systematisch der Zugang zur deut-

schen Sprache erschwert wird und dass jungen Mädchen mitten in unserer Gesellschaft ein Rollenbild aufgezwungen wird, das mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht zu vereinbaren ist.

Wir sind eine Partei für alle Bevölkerungsgruppen: für Menschen auf dem Land und in der Stadt, für Frauen und Männer, für Alte und Junge, für Arbeiter und Unternehmer. Wir sind wie unser Land und seine Menschen: Wir trauen uns etwas zu. Wir setzen auf Bewährtes und sind zugleich offen für Neues. Das macht die CDU zur Baden-Württemberg-Partei.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass ausländische Straftäter im Rahmen der geltenden Gesetze unverzüglich in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden und dort ihre Haft verbüßen.



Unser Land: In der Tat besser.

In nahezu allen Bereichen hat Baden-Württemberg heute eine hervorragende Ausgangsposition: Verglichen mit den anderen Bundesländern haben wir die wenigsten Arbeitslosen und die meisten Patentanmeldungen. In Baden-Württemberg leben die Menschen sicher: Die Kriminalität ist bei uns niedriger und die Aufklärungsquote höher als im Rest der Republik. Wir sind auf die Zukunft gut vorbereitet und stärken die Chancen der jungen Generation: Kein Land investiert mehr in Forschung und Entwicklung, in Bildung und Hochschulen. Unsere Umwelt ist intakt. Wir haben ein lebendiges Kulturleben. Auch um den Gemeinsinn und das soziale Klima ist es bei uns gut bestellt: Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es mehr ehrenamtliches Engagement als in Baden-Württemberg. Unser Land: In der Tat besser.

Wir wollen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Deshalb stellen wir uns den Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Wir weichen den Problemen nicht aus, sondern suchen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern nach neuen Lösungen und Antworten. Dabei lassen wir uns von unseren Werten und Grundüberzeugungen leiten, die wir mit der großen Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg teilen und die unser Land zu dem gemacht haben, was es heute ist: Ein Entdeckerland, ein Mitmachland, ein Wachstumsland, ein Wohlfühl- und Kinderland – ein Land, mit dem Staat zu machen ist.

Wir wollen die Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs fortschreiben. Deshalb bitten wir Sie am 26. März um Ihre Stimme für die CDU.